

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Office geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertraut:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangit. — 3. — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausländische Buchhändler. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt-Vertriebsstelle“, sowie die Buchhändler in allen Teilen des Reichs; in der Provinz die Buchhändler und in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Wagner“ in deutscher Sprache; 20 Pfg. in denen abweichender Sprache, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfl. für lokale Anzeigen; 2 Pfl. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchgehende, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nachnahme: für die Rhein- und Ruhr-Region bis 12 Uhr mittags; für die übrigen Regionen bis 3 Uhr nachmittags.

Verliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Ginkelfstr. 66, Fernspr.: Amt 1444 450 u. 451.

Für die Nachnahme von Anzeigen an vorerwähnten Tagen und Wochentagen wird keine Gebühr übernommen.

Mittwoch, 4. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 57. — 62. Jahrgang.

Der hellenische Ministerpräsident Venizelos.

Einer von denen, welche seit fast 20 Jahren die Politik auf der Balkanhalbinsel gemacht haben, ist Gasi des deutschen Kaisers beim Geburtstagsmahle im Spreeschlusse gewesen: ein Stück weiter auf der Leiter seines diplomatischen Ehrgeizes.

Als Sohn der Rhodosinsel wurde Eleutherios Venizelos 1862 in Kanea geboren. Sein Vater Kyriakos war ein betrieblicher Kaufmann, welcher von den Türken seiner hellenischen Gesinnung wegen verfolgt und endlich von der Insel verbannt worden war. Der frühreife Sohn hatte schon mit 15 Jahren seine Gymnasial-, mit 22 seine Universitäts-Studien in Athen vollendet. 1884 in sein Vaterland zurückgekehrt, übernahm er eine Advokatur und trat 1887 aus Familien-tradition und früh erwachtem Ehrgeiz in das politische Leben ein. Schon jetzt zeigte er sich als gewandter Redner. Seine Volksgenossen beriefen ihn 1889 ins Parlament, wo er zunächst zur Gefolgschaft von Konstantin Zumis gehörte. 1897 erwies er sich in einem neuen Aufstande, einem der unzähligen seit dem griechischen Freiheitskriege, auch als militärischer Führer. Von schmächtigem Körperbau türmte er gleichwohl bei Malara Fels auf Fels zur gewaltigen Schanzarbeit und feuerte durch sein Beispiel seine Leute an. Als die Großmächte mit ihren Flotten eingegriffen hatten, spielte er bei den Verhandlungen eine ziemlich Rolle. In dem freischen Exekutivkomitee, welches dann die Geschichte der Insel in die Hand nahm, gehörte er, abgesehen einer der Jüngsten, bald zu den Führern. Als Prinz Georg von Griechenland, ein Sohn des Königs Georgios, der Schlichtung Russlands, als Großkommissar am 22. Dezember 1898 auf Kreta landete, gewann er bei ihm einen großen Einfluß. Als Justizminister hat er sich manches Verdienst erworben. Sein Ehrgeiz brachte ihn im März 1902 in politische Differenzen mit dem Prinzen. Venizelos verließ eine Zeitlang vom freischen Schauplatz und machte in Europa „Studienreisen“. Seine Gegner behaupteten, er hätte damals mit dem Herzog der Abruzzen wegen Übernahme des Kommissarpostens in Kreta unterhandelt. Der Ausfall von Thessalon 1905, an welchen sich Kretas beste Söhne wie Konstantin Zumis und Konstantin Manos beteiligten, war auf Venizelos als Urheber zurückzuführen. Ein Jahr darauf verließ Prinz Georg die Insel. Politisch hatte der Ausfall den Vorteil, daß Kreta in nähere Beziehung zum hellenischen Mutterlande treten konnte, König Georgios sowohl den Großkommissar ernennen als auch Offiziere zur Organisierung einer Wille entsenden durfte. Der Sturz Abd ul Hamids, welcher zu manchen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel führte, veranlaßte die Kreter, ihre Union mit Griechenland zu proklamieren. Das Exekutivkomitee, welches wiederum an die Spitze trat, beauftragte Venizelos mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Satten ihm seine Erfolge politische Berühmtheit und in seiner engeren Heimat große Popularität gebracht, so riefen sie auch eine

scharfe Opposition hervor. Der politische Kampf kennt weder sonst noch auf der Balkanhalbinsel besondere Schonung. Der greise Michalidakis, ein Mann von großem politischem Ansehen, und eine Reihe von Abgeordneten, wie Kounduros und Polygeorgis, warfen Venizelos vor, er habe durch seinen maßlosen Ehrgeiz die ruhige, freieitliche Weiterentwicklung Kretas verhindert und den Prinzen Georg ohne Not entfernt. Der Boden der Insel wurde für Venizelos zu heiß. Im richtigen Moment hatte nach verschiedenen politischen Umwälzungen die hellenische „Offiziersliga“ in Athen ihren Blick auf den feurigen Kreter geworfen. Nachdem sie mit ihm einen heimlichen Pakt geschlossen, geleitete der hellenische Dampfer „Spezia“ am 17. September 1910 Venizelos nach Athen. König Georgios verhielt sich nicht ablehnend. War er selbst sowohl wie sein Sohn Georg vor einigen Jahren in Wort und Schrift auch von Venizelos stark angegriffen worden; in der verworrenen Lage, in welcher sich der hellenische Thron durch das Vorgehen der Offiziere befand, erschien der neue Herr, nachdem er dem König gewisse Garantien gegeben hatte, als ein Retter in der Not. Die Ereignisse folgten einander in der Öffentlichkeit wie ein Theatercoup. Die „Offiziersliga“ verschwand, wenigstens offiziell, in der Verleumdung. Ein in der bisherigen hellenischen Parlamentsgeschichte noch nicht dagewesener Fall trat ein: der König berief den von Theodoris offiziell empfohlenen Venizelos als Führer der Parlamentsminorität zur Bildung der neuen Regierung. Stillschweigend mit allen möglichen gewünschten Vollmachten ausgestattet, löste Venizelos die alte Volksvertretung unverzüglich auf, setzte Wahlen für eine neue an und schuf sich, ein Meister der Wahl-mache, für die schwierigen politischen hellenischen Verhältnisse in kurzer Zeit eine geflügelte Partei und entsprechende Presse. Das neue Parlament hing durchaus von seinem Willen ab. Die alten Parteien und ihre Führer Maromichalis, Kallis, Theodoris usw. waren vollkommen an die Wand gedrückt. Mit Venizelos' Regierung waren für Volk und Dynastie ruhigere Tage gekommen. Sie waren um so wertvoller, da die Umwälzung in Konstantinopel noch nicht vollkommen zum Abschluß gekommen war. Was die ausländische Presse in diesen Tagen kaum berührt hat, darf als wesentlicher Faktor nicht vergessen werden. Vom ersten Augenblick an war die englische Vertretung in Athen und, von ihr beeinflusst, der größte Teil der politisch wertvollen englischen Presse für Venizelos und seine Mission energisch eingetreten. Hochgeachtete Erwartungen, welche in Kreta an jede politische führende Größe herantraten, konnte auch Venizelos nicht erfüllen. Sie hingen in der Hauptsache mit den schlechten hellenischen Finanzen zusammen, die Folge einer jahrzehntelangen Mißwirtschaft! Immerhin hat sich aber auch auf diesem Gebiet manches unter ihm gebessert. Mit weitestgehendem politischem Blicke sah er vor allen Dingen, daß Kreta für alle Umwälzungen, welche auf der Balkanhalbinsel zu erwarten waren, militärisch gerüstet sein müsse. Eine französische Militärmission für die Armee unter General Eyraud und eine englische für die Marine sind zu diesem Zwecke 1911 berufen

worden. Bekanntlich hatte im letzten Türkenkriege 1897 die hellenische Armee nicht bloß eine Reihe von Niederlagen erlitten, sondern war durch schlechte Vorbereitung und mangelhafte Führung fast aufgelöst worden. Weniger der fremden Leitung als der Einfuhr des hellenischen Volkes bei sich ist es zu danken gewesen, daß 15 Jahre später, 1912/13, das hellenische Heer unter der Führung des im In- wie im Auslande stark verleumdeten Kronprinzen Konstantin seine Scharten aufs glänzendste ausgewetzt hat. Anders wie in Bulgarien war dabei die diplomatische Leitung mit der militärischen durchaus auf gleicher Höhe geblieben. So hatte denn Venizelos vom Londoner Friedenskongreß reiche territoriale Erfolge mitgebracht. Dem hochgeachteten hellenischen Nationalgefühl waren sie freilich nicht ausreichend genug. Die bisherigen Nachrichten stimmten darin überein, daß Venizelos, ein zweiter Odysseus, mit neuen Erfolgen von seiner Europareise zu neuen Penaten heimkehren wird. Was er in Paris und Berlin begonnen, wird er in Wien ganz erreichen. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß erfahrene Diplomaten, darunter der Vertreter einer Dreieinigkeit in Athen, vom ersten Augenblick ab Venizelos als einen politischen Scharlatan charakterisiert haben, dem eine günstige politische Lage, niemals seine Fähigkeiten zu vorübergehenden politischen Erfolgen verhoffen haben. Im Verkehr ist der Ministerpräsident Venizelos von großem persönlichem Entgegenkommen. Schreiber dieses hat ihn zum erstenmal gleich nach seiner Landung in Athen am 17. September 1910 zu sprechen Gelegenheit gehabt. Von mittlerer Größe, ziemlich schlanker Gestalt, macht er einen elastischen, jugendlichen Eindruck. Auf seinem Antlitz sind die Züge der hellenischen Rasse weniger scharf ausgeprägt, als es sonst bei seinen Landsleuten der Fall zu sein pflegt. Die geistvollenden Augen decken Brillengläser. Die Erscheinung erhält damit einen Zug ins Professorenhafte. Sprachlich sehr gewandt, beherrscht er das Französische vollkommen, versteht das Deutsche und spricht es einigermaßen. Sein freies, lebenswürdiges Wesen nimmt sehr ein. Die ihn länger kennen, halten es für eine angenommene Maske. Dem deutschen Kaiser ist er kein Fremder gewesen. 1911 hat König Georgios seinen Premierminister persönlich auf dem Schiffe vorstellt. S.

Politische Übersicht.

Rassenschmach.

Die „Mitteilungen der deutschen Kolonialgesellschaft“ schreiben:

Wir haben es wiederholt erlebt, daß aus Deutschland junge, nicht nur in kolonialen Fragen unerfahrene Personen einen Briefwechsel mit Regern unserer Schutzgebiete begannen. In der Regel handelt es sich dabei um sogenannte „Liebesaffären“. Als vor einem halben Jahr die „Usambara-Post“ unter der Überschrift „Weiß-schwarze Liebe“ wieder ein solches Schreiben veröffentlichte, waren wir der Ansicht, es läge eine Rassistikation vor, um gegen die Misschen Propaganda zu machen. Denn in jener Zuschrift wendete sich eine „bisher gänzlich Unbekannte“ an den „sehr geehrten und

ergötzt Grinzling bei Wien zu Anfang Mai. Aber es gibt Tage im Arnotal, wolkig atmende, dampfende Tage, die nirgendwo in der Welt so vergänglich leuchten, es gibt Tage an der Themse, die nirgendwo so grau und schwer die Seele belasten. Und aus dieser beklemmenden Melancholie heraus wird uns das einsilbige, kanti-ge Wesen der Engländer verständlich.

Wer einem Land und seinen Menschen nahe kommen will, muß sie in ihrer spezifischen Atmosphäre suchen. Italien im August, London im November und die Russen im Winter. Auf einmal hat dann der Steinboden in den neapolitanischen Palazzi und die massiven Zwiebelkuppel des Kremls organischen Sinn. Auf einmal fügen sich dann Mensch und Landschaft, jegliches Ding und jegliches Tun harmonisch ineinander. Volksscharakter erklärt sich aus Volksklima. Zum Gange gerundet sind Leute und Land. Ihr Innerstes wird offenbar in der Atmosphäre, die das Innerste gebildet hat. In der Saison aber sehen sich alle Länder, alle Nationen und alle Städte zum Verwechseln ähnlich. Die und da schleift ja noch ein Überbleibsel aus der signifikanten Jahreszeit herüber, ein Brauch, eine Tracht, eine Geste. Aber sie zwingt sich uns nicht auf. Wir sehen sie bloß, wir müssen sie nicht tun und erleben. Ganz beruhigt können wir bei unserer Kleidung, bei unseren Gewohnheiten und Sitten verharren; Fremdkörper in der Fremde. Zur richtigen Zeit aber greift das fremde Land in unsere Gewohnheiten. Land und Leute und wir selber sind eins und aus dem Reisevergnügen ist eine Reisekunst geworden, die alle, Schauer und Beschaute, zu einer stillen Einheit verschmilzt und uns — selber nun unter dem Wahn dieser Fremde — seinem Wesen ganz nahe bringt. Wirklich, es ist trotz maliziösem Lächeln das einzige Richtige, zu keinen Preisen in ein Land zu reisen, wenn es keine besondere Zeit hat, und nicht, wenn es unserer „Zeit“, unserem Klima am verwandtesten ist.

Nachdruck verboten.

Reise im Winter.

Von Dr. Hans Wentz (Wien).

Welch ein Gedanke, jetzt nach dem Norden zu fahren! Auf das Stichwort „Reise“ gibt die Gesellschaft in diesen rauhen Tagen die Antwort „Nigeria“ zurück. „Nizza“ und alle die mondänen Orte südwärts davon bis Nante und Nairo. Die Tropen des russischen Winters ist nicht in den Erlässen Mitteleuropas zu finden, sondern nur in seinen Büchern. Wie ein frohlicher Kautschuk umpreßt er die Menschen im Jaren-reich, er macht sie zu Alkoholikern, häuft erdrückende Dächer auf ihre Architekturen und bestimmt ihre ganze Lebenshaltung. Der russische Winter ist gleichsam der Schöpfer der russischen Art. Dennoch kennt man ihn nur vom Hörensagen, wie die bräunliche Pracht des italienischen Sommers. Auch in Berlin und in München gibt es in den Hundstagen Hitze genug und im Winter schüttelnde Kälte. Aber es ist ein unbeschreibliches Ergötzen, im Saffo durch die Gärten von Monte Carlo zu schlendern, wenn die in der Heimat noch den Pelz strapazieren, oder schon den Herbstüberzieher irgendwo am skandinavischen Strand zugulden, wenn Winderbe-mittelte zu Hause unter 30 Grad schlafen. Leute, die in ihren Gedanken gewöhnlich ein paar Jahrhunderte hinter-dreien sind, haben meistens durch den ständigen Wechsel ihres Aufenthaltes drei Monate vor den anderen voraus. Und wer des Sommers dem Süden zu und im Winter nach Norden fährt, dem stimmt man schließlich mit einem imfamen Lächeln der Nachsicht zu. Was kann man tun? Man versteht. Es ist billiger, der Armut zu kleinen Preisen, nun ja. Aber ein Mensch, der zu kleinen Preisen reist, ist auch ein Mensch zweiten Grades, ein Lebenswesen niedriger Ordnung. . . .

wirklich, man muß sich schämen, von dem überlieferten Trott seitwärts zu biegen und dieses edle Vergnügen des Reisens zu einer Kunst zu steigern, die ihren Stil hat wie jede andere.

Was Hunderttausend berühren, wird abgegriffen und abgegriffen. Es verliert seine harten Ranten der Charakteristik und seine prägnanten Konturen der Individualität. Die Masse nivelliert die Dinge und man kann diese traurige Erfahrung umdrehen: die Masse sucht immer nur das Durchschnittliche. Zwischen der afrikanischen Küste und den norwegischen Fjorden gibt es Tage in jedem Jahr, die genau dasselbe Gesicht haben wie ein paar Monate frühere oder spätere Tage in unserer mitteleuropäischen Heimat. Die Februar-Atmosphäre in Nizza ist wie eine späte Aprilflut in Wien, und in Malmö erlebt man mitten im August einen November-Regen. Niemand merkt, wenn der Strom der Amüsamentreisenden gerade dann nach Nord oder Süd, wenn er dort die wenigsten besprechlichen Erinnerung an die Heimat findet. Das Gang- und Gabe-Reisende verdeckt und verhängt unserm Blick das Wesentliche jedes Landes.

Niemand erlebt der Großstädter das Alpenland, wie es sanft und still und von unsäglich beherrschender Ruhe ist. Der Großstädter kennt nur die Sommerfrische, eine für den Tanzboden lächerlich aufgelassene Bauernidylle. Das Dorf mit seiner gedämpften Schönheit, die durch Jahrhunderte geworden ist, verbißt sich vor ihm. Das Verrentet des Großstadtmenschen drängt es zurück und hängt seine modische Maske vor das ehrwürdige Gesicht des Dorfes. In der Sommerfrische findet der Großstädter schließlich nur sich selber, wie er auf Wight und in Venedig zur „Saison“ nur sich selber findet.

Dazu braucht man sich nicht viele D- Jugen-stunden vom Haus fortzubewahren. Mit dem Märzklima von Sizilien und dem sanften Schimmern junggrüner Hügel

lieben Herrn Rambo" mit der Mitteilung, sie sei in Berlin die Freundin, die Braut seines „Herrn Sohnes Joseph“ geworden, und hat unter der Versicherung, sie würde sich der neuen Familienverbindung „würdig erzeigen“, den zukünftigen Herrn Schwiegervater um ein Darlehen für die Reise von Deutschland nach der Kolonie. Mit einer „herzlichen Empfehlung an die Frau Gemahlin“ des Herrn Rambo schloß das Schreiben. Wir haben schon gesagt, wir konnten nicht glauben, daß ein deutsches Mädchen sich wirklich so wegwerfen könnte, fragten aber trotzdem bei der „Hambata-Post“ an, ob der Brief dieses deutschen jungen Mädchens wirklich geschrieben worden sei. Unsere Hoffnungen erwiesen sich leider als unbegründet: die Schreiberin wurde mit Namen genannt, ihre Berufsstellung, ihre Wohnung angegeben und auch der Name des angeblichen Schwiegervaters. Wir wollen den Namen zwar nicht nennen, müssen aber dennoch sagen, daß dieser Brief wohl alles bisher Dagewesene übersteigt. Dieses deutsche junge Mädchen, das anscheinend sogar eine höhere Bildung als die der Elementarschule genossen hat, hat keine Vorstellung davon, daß der Adressat ihres Briefes ein „ruhiger, unsauberer, ungebildeter Reger in Tanga ist, der seinerseits sich wiederum kein Bild von deutscher Kultur und deutschen Zuständen machen kann. Sie sieht nur den gierlich nach Aufgepußten, in der Großstadt herumtummelnden Reger Joseph und wirft sich mit all ihrem Stolz und Denken an ihn weg. „Sie kann ohne ihn nicht mehr leben“, schreibt sie. Die „Hambata-Post“ nennt das mit Recht einen Skandal.

Wie wir schon sagten, haben die „Deutsche Kolonialzeitung“ (4. September, 9. Oktober 1900) und die Deutsche Kolonialgesellschaft mit diesen Fragen, die sich an das Zusammenreffen von Weiß und Schwarz knüpfen, schon öfters zu tun gehabt. Auf der Koblenzer Tagung ist infolge der Mißstände, die die Schaustellungen Farbiger aus unseren Schutzgebieten im Gefolge hatten, eine Entschließung der Deutschen Kolonialgesellschaft einstimmig angenommen worden, die solche Schaustellungen für alle Zeit untersagt wissen wollte. Die damalige Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes hat sich sofort diese Entschließung zu eigen gemacht, und Kolonialdirektor Stübel erließ auch ein dahinszielendes Verbot, das jedoch nicht genügend Beachtung fand. Als wir 1900 die Frage erneut behandelt hatten, erließ die Kolonialregierung durch die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine dringende Mahnung an Eltern und Lehrer, ihre Schutzbefohlenen zu beaufsichtigen und künftighin derartige Würdelosigkeiten zu vermeiden, weil dadurch der Kolonialverwaltung die Erziehung der Eingeborenen erschwert werde. Außerdem hat vor allem die Presse die Pflicht, dahin zu wirken, daß derartige schmachvolle Vorgänge künftighin, so weit sie zu ihrer Kenntnis kommen, öffentlich gebrandmarkt werden.

„Krupp in Petersburg“.

Unser Petersburger Korrespondent schreibt uns: Es ist nichts zu dummes, es wird alles geglaubt. Die, natürlich französische, Nachricht, daß Krupp die Aktien der Putilow-Werke aufkaufen wolle, ist sowohl vom Vertreter Krupps in Petersburg, A. Bachter, als auch von der Firma Krupp selbst energisch dementiert worden, und doch läuft den Petersburger noch das Gerücht über den Rücken: am Ende ist die Geschichte doch wahr. Und in gewisser Hinsicht haben sie mit ihrem Verdacht auch recht. Alle Welt reißt sich um die Ehre, den Russen Geld vorzusetzen und ihr Landesverteidigungsprogramm zu finanzieren. Da die russische Volksvertretung am Grundtag festhielt, daß der Flotten- und Geschützbau nur von russischen Arbeitskräften und nach Möglichkeit mit russischem Material vollendet werde, ein Grundsatz, von dem zwar häufig, aber doch nur ausnahmsweise abgewichen wird, sehen sich die ausländischen Werke „genötigt“, in Rußland ihre Filialen anzulegen. So erbaute Vickers die russische Hauptgeschützfabrik in Jarisjan an der Wolga. So haben die deutschen und französischen Werften ihre Filialen in Nowosibirsk und Riga u. a. Meist ziehen mit dem deutschen oder französischen Kapital auch deutsche oder französische Ingenieure und Werkmeister in die russischen Werkschiffe. Der Marineminister hält an den Traditionen seines Vorfahren fest. Er läßt mit sich reden, und er steht als vielumworbener Mann da, von dessen Urteilspruch der Erfolg des mit allen und mit großen Mitteln geführten ausländischen Feldzugs auf die russischen Staatsbetriebe abhängt. Ein Grundstau mel ist über Rußland gekommen. Zum Teil hat Descassé mit seinen Franzosen überall gut abgeschnitten. „Sfoda“ finanzierte die Remski-Schiffwerft bei Petersburg. Das österrussische Werk ist damit gründlich hereingefallen. Von den Zinsen seiner Millionen mäht sich Schneider aus Kreuzot. Die Remski-Werft ist eine Filiale der Putilow-Werke, eines von vornherein verfehlten Unternehmens, mit dem sich auch Schneider verrecknet hat. Allgemein hört man, daß die Ausländer für die Ehre ihres Sieges nicht den geringsten Vorteil haben und erst ein gutes Geschäft machen, wenn sie ihre Aktien an die nicht alle Verwerben weiterverkaufen, wie Blohm und Bock. Um die Arbeit an der russischen Landesverteidigung ist keinem Unternehmen etwas gelegen; es gilt lediglich zu spekulieren. Sfoda unterlag bei der Verwertung um die Aktien der Putilow-Werke Schneider gegenüber. Dann soll Krupp auf den Plan getreten sein. Diese ausländische Bemerkung hatte die Regierung bewogen, diskrete Bestellungen, zumal die Geschütze, Putilow nicht zuzuwenden. Sollte Krupp wirklich an der verfehlten Spekulation teilnehmen? — Die Dementis bekunden, daß Krupp gut unterrichtet war.

Deutsches Reich.

* Reichsgesetzliche Regelung der Wanderfürsorge. Dem Reichstag soll eine Vorlage zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Wanderfürsorge zugehen, bestehend aus zwei Entwürfen, nämlich einem Wandererfürsorgegesetz und einem Wandererarmengesetz. Die erste Vorlage ist ein sozialpolitisches Gesetz, das zu einer planmäßigen Fürsorge für arbeitswillige mittellose Wanderer die Errichtung von Arbeitsstätten und Arbeitsheimen in allen Bundesstaaten vorseht. Diese Vorlage ist bereits allen Bundesregierungen zur Begutachtung zugegangen und hat deren Zustimmung gefunden. — Der zweite Gesetzesentwurf ist bestimmt, das Unterhaltungsabnahmengesetz abzuändern. Er bezieht sich auf die Frage der Wandernden, denen auf Grund des Wandererfürsorgegesetzes Hilfe geleistet wird. Hier haben sich noch einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesregierungen ergeben,

die aus der Unterstützung der hilfsbedürftigen Wanderer entstehen. Der Entwurf wird deshalb noch einer Schlussberatung in den beteiligten Ressorts unterzogen. Beide Vorlagen stehen in einem engen Zusammenhang. Es ist daher eine gemeinsame Beratung in den gesetzgebenden Körperschaften erforderlich. Die beiden Vorlagen werden an den Bundesrat gelangen, sobald über das Wandererarmengesetz eine vollständige Einigung erzielt ist.

* Der günstige Einfluss des Wehrbeitrags-Generalparabons auf die Steuerveranlagung. Die „Saale-Ztg.“ teilt das Ergebnis der Steuerveranlagung in Halle aus Anlaß des Wehrbeitrags mit: „Der Generalparabon hat auch in Halle eine solche Fülle von — brauchen wir ausnahmsweise mal ein Fremdwort — „talenten“ Vermögen aus Tageslicht gebracht, daß dadurch unser städtischer Etat dauernd in recht erfreulicher Weise beeinflusst wird. Es sind Millionen mehr deklarierter worden als bisher. Viele Leute in Halle sind viel reicher, als bisher die Steuerbehörde gewußt hat. Zusammengezählt geben die bisher an amtlicher Stelle nicht bekannt gewordenen Beträge eine riesige Summe, die natürlich den Einkommensteuereintrag gewaltig steigert. Die Stadt dürfte sich — so wird uns versichert — nach Schätzungen, die einigermaßen Anspruch auf Richtigkeit haben, aus jenen Summen ein Steuermehr von über 300 000 M. herausrechnen. Und noch seien längst nicht alle Steuererklärungen eingegangen, da die Frist noch läuft.“

* Reichstagsverfassungen im Februar. Im Laufe des Februars finden drei Reichstagsverfassungen statt, am 3. Februar diejenige in Offenburg-Rühl, am 10. Febr. die in Zerichow und am 17. Februar diejenige für Köln-Land. Sämtliche Wahlen sind infolge Ungültigkeitserklärung der Mandate erforderlich geworden. Die bisherigen Mandatsinhaber kandidieren ohne Ausnahme wieder, nämlich in Offenburg-Rühl Stadtrat Köhler (nall.), in Zerichow Expedient Haupt (Soz.) und in Köln-Land Oberlehrer Ruchhoff (Ztr.). Es ist aber noch sehr fraglich, ob alle drei bisherigen Vertreter wieder in den Reichstag zurückkehren, da sie alle 1912 mit ganz knapper Mehrheit siegten, Ruchhoff mit 72 Stimmen in der Hauptwahl, Köhler und Haupt gar nur mit 8 bzw. 7 Stimmen in der Stichwahl. Den Ersatzwahlen sieht man überall mit Interesse entgegen. Zwei weitere Ersatzwahlen, diejenigen für Samter-Birnbaum und Born, finden am 17. März statt.

* Gesellschaft für Verbreitung von Volkserziehung. Der Bericht, der dem Zentralauschuß über die Tätigkeit der Gesellschaft im Jahre 1913 in der letzten Sitzung erstattet wurde, behandelte besonders das im verfloffenen Jahre wesentlich erweiterte Wanderausstellungs- und Wanderausstellungsreisen, das mit einem Aufwand von etwas über 20 000 M. sich durchführte ließ, und die Förderung des öffentlichen Vortragswesens durch Bereitstellung von Filmen und Lichtbildern, die Schulgehilfen-Stiftung für Fortbildungseinrichtungen für ältere Kleingewerbetreibende, Arbeiter, kleine Landwirte und verwandte Berufe und die Wanderbüchereien. Die Hauptkassette der Gesellschaft betrug im verfloffenen Jahre 437 000 M. Der Gesamtertrag beläuft sich auf 620 000 M. Die Aufgaben der Gesellschaft konnten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln allerdings nicht in vollem Umfang erfüllt werden. Im übrigen betrafen die Verhandlungen der Sitzung hauptsächlich die Reorganisation der Gesellschaft. Die Verbandslösungen erstrecken eine straffere Zusammenfassung des Mitgliederbestandes in den einzelnen Landesstellen, während der Vorstand der Gesellschaft im Interesse der praktischen Arbeit die bisherige Verfassung, die es den Mitgliedern frei stellt, ob sie einem Verbande beitreten oder der Zentralstelle direkt sich anschließen wollen, beibehalten wissen möchte. Die lebhaften Auseinandersetzungen unter Beteiligung fast sämtlicher Verbandsvorstände führten zu einer im ganzen übereinstimmenden Auffassung, die in einem besonderen Ausschuss zu fest formulierten Vorschlägen bearbeitet werden soll. Der Zentralauschuß wird in einer demnächst einberufenden Versammlung hierüber Beschluß fassen.

* Deutsche Konsulatsmatrikel. Bei jedem Kaiserlich deutschen Konsulat wird bekanntlich ein Verzeichnis derjenigen Personen reichsdeutscher Staatsangehörigkeit geführt, die sich dort ansiedeln wollen. Nach dem bisher geltenden Gesetz verloren alle diejenigen Reichsdeutschen, die während eines mehr als 10jährigen Aufenthaltes im Auslande eine solche Eintragung nicht dezentral hatten, ihre Reichsangehörigkeit. Diese Bestimmung ist nun zwar mit dem 1. Januar 1914 durch das neue Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz außer Kraft getreten, indessen hat die Eintragung in jene Matrikel noch immer eine wesentliche Bedeutung behalten. Für diejenigen, welche einen Rechtsakt bei dem Konsulat vornehmen wollen, die Beglaubigung einer Unterschrift wünschen, eine Ehe vor dem Konsulat zu schließen beabsichtigen, seine Hilfe bei der Geltendmachung von Ansprüchen gegen Privatpersonen oder Behörden des fremden Landes in Anspruch nehmen, bedeutet es vielfach eine wesentliche Erleichterung und Vereinfachung des Geschäfts, wenn ihr Name in den Konsulatsmatrikeln vermerkt ist, weil dann sofort ihre Reichsangehörigkeit außer Zweifel gestellt werden kann. Da die Konsulate ihre Tätigkeit und ihre Hilfe nur Reichsdeutschen zu widmen berechtigt und verpflichtet sind, bedarf es in jedem irgendwie zweifelhaften Falle einer Feststellung der Staatsangehörigkeit. Seit dem Gesetz vom 17. Mai 1910 (Reichsgesetzblatt Seite 847) werden für die Eintragung in die Matrikel der kaiserlichen Konsulate Gebühren nicht mehr erhoben. Indessen unterliegt die Eintragung einer Bescheinigung über die erfolgte Eintragung nach den Verteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland bei den Konsulaten in Europa ausschließlich der Türkei einer Gebühr von M. 5.—, bei den übrigen Konsulaten einer Gebühr von M. 10.—. Die konsularische Beglaubigung einer Unterschrift kostet im erstgedachten Falle M. 6.—, außerhalb Europas M. 10.—, jedoch kann nach Befriedigung des Falles diese Gebühr bis auf ein Drittel ermäßigt oder im Falle der Bedürftigkeit gänzlich erlassen werden.

Rechtspflege und Verwaltung.

BC. Zur Ausbildung der Referendare. Zur Ausbildung im bürgerlichen Recht wurden die Referendare bisher in bestimmt vorgesehener nicht unbeträchtlicher Anzahl zur Anfertigung von Relationen angehalten, in denen der Sachverhalt nach den Akten darzustellen und ein Rechtsgutachten abzugeben war. Diese Beschäftigung belastete die Referendare mit umfangreichem Schreibe- und Enzage- und mehr als erwünscht der unmittelbaren Ausbildung in den richterlichen Geschäften. Der Justizminister hat deshalb durch allgemeine Verfügung die Zahl der Relationen auf dasjenige Maß, das ihrem Nutzen für die Ausbildung der Referendare entspricht, beschränkt und angeordnet, daß zukünftig die Referendare angehalten werden, vorzugsweise die vom Gericht erlassenen Urteile und sonstigen Entscheidungen zu entwerfen, daneben aber auch zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung Rechtsgutachten ohne Sachdarstellung zu liefern.

Parlamentarisches.

Todesfall. Der Reichstagsabgeordnete Gymnasialdirektor Frey-Braunsberg (Zentrum), Vertreter des Wahlkreises Königsberg 6, Braunsberg-Heilsberg, ist in der vergangenen Nacht im St. Nikolaus in der Lindenstraße zu Berlin infolge Herzschlages gestorben.

* Doppelmandat im preussischen Landtag. Die Zahl der auch dem Reichstag angehörenden Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses ist im letzten Jahrzehnt ganz bedeutend zurückgegangen. Es gibt heute im Landtag nur noch 46 Doppelmandatäre, während es in der vorigen Legislaturperiode (1908 bis 1913) noch 73 und in der vorvorigen (1903 bis 1908) gar noch 99 waren. Von den 46 Doppelmandatären gehören 16 zu den Konservativen, 14 zum Zentrum, 6 zur fortschrittlichen Volkspartei, 4 zur Freisinnigen Partei, 3 zu den Polen, 2 zu den Nationalliberalen und 1 (Dr. Blohm) zu den Sozialdemokraten. Die fortschrittlichen Doppelmandatäre sind die Abg. Hoff, Kopsch, Dr. Bachnick, Walstein, Weinhausen und Dr. Wiemer. Von den nationalliberalen Landtagsabgeordneten gehören nur Bartling und Schiffer (Magdeburg) auch dem Reichstag an.

Heer und Flotte.

Änderung des Telegrammverkehrs der nach Übersee entsandten Militärs. Das bisherige Verfahren für verabschiedete Privattelegramme der Angehörigen des Heeres und der Marine in überseeischen Gebieten sowie der Schutztruppen soll geändert und dahin erweitert werden, daß es nicht nur in der Richtung vom Auslande nach der Heimat, sondern auch in umgekehrter Richtung benutzt werden kann, ferner soll es auf das Beamtenpersonal der staatlichen Behörden in den Schutzgebieten ausgedehnt werden. Das neue Verfahren, das voraussichtlich am 1. Mai in Kraft tritt, soll zunächst im Verkehr zwischen Deutschland einerseits, den Schutzgebieten Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika sowie den Kriegsschiffen auf beiden afrikanischen Stationen andererseits erprobt werden. Eisenbahn-Telegraphenstationen nehmen daran nicht teil.

Deutsche Schutzgebiete.

— Eine koloniale Preisaufgabe. 6000 M. hat Eduard Boermann in Hamburg gestiftet und dem Professorenrat des Kolonialinstituts dort zur Verfügung gestellt für die beste Bearbeitung der Frage: „Durch welche praktischen Maßnahmen ist in unseren Kolonien eine Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei der eingeborenen, farbigen Bevölkerung, des wirtschaftlich verwickeltesten Faktors unserer Kolonien, zu erreichen?“ Medizinische, religiöse, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse, welche die Geburtenzahl und Säuglingssterblichkeit der Eingeborenen beeinflussen, sollen untersucht und dargestellt, praktische Vorschläge zur Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei den eingeborenen Farbigen gemacht werden. Nicht alle Schutzgebiete brauchen in einer Arbeit untersucht zu werden, auch Arbeiten, die sich auf ein Schutzgebiet beschränken, werden zum Wettbewerb zugelassen. Die Bewerbungsschriften müssen in deutscher Sprache abgefaßt, möglichst in Maschinenschrift gehalten und einheitlich beschriftet sein. Ohne Namen, jedoch auf der ersten Seite mit Kennwort oder Motto versehen, müssen sie in versiegelter Weise umschlagen (innerhalb der Postverpackung) eingeschlossen, bis spätestens zum 31. Dezember 1914 einschließlich zur Post geliefert werden, und zwar unter der Adresse: „Professorenrat des Kolonialinstituts Hamburg (Preisaufgabe)“. Der Abhandlung muß in einem mit Kennwort oder Motto versehenen Briefumschlag der volle Name und die genaue Adresse des Autors beigegeben werden; dieser Umschlag soll versiegelt sein. Der Preis kann auch geteilt werden. Die Entscheidung wird bis zum 1. Oktober 1915 in der „Deutschen Kolonialzeitung“ bekannt gegeben. Die preisgekrönte Schrift geht in das Eigentum des Hamburgischen Kolonialinstituts über, welches sich vorbehält, auch die übrigen Arbeiten ganz oder im Auszuge zu veröffentlichen.

Eine neue Ausgabe des gesamten Kolonialrechts hat das Kolonialamt fertiggestellt, die sich gegenwärtig im Druck befindet. Die Neuauflage wird das gesamte Material unter Ausschöpfung der verarbeiteten Gesetze, Verordnungen usw. zusammenfassen. Infolge der verhältnismäßig kurzen Zeit der kolonialen Betätigung Deutschlands ist die koloniale Gesetzgebung naturgemäß noch sehr im Fluß. Die früheren Ausgaben des Kolonialrechts haben daher im wesentlichen nur noch historischen Wert. Für den praktischen Gebrauch war eine Neuauflage erforderlich, in der nur das gegenwärtig geltende Recht enthalten ist; sie wird in nicht zu langer Zeit im Buchhandel erhältlich sein.

Ausland.

Frankreich.

800 Millionen Schatzscheine. Paris, 3. Febr. Der Budgetausschuß hat die Prüfung des Budgetentwurfs für 1914 beendet und die Regierung ermächtigt, Schatzscheine im Betrage von 800 Millionen auszugeben. Ferner stimmte der Ausschuß dem Grundsatze zu, die marokkanischen Ausgaben in besondere Rechnung einzustellen unter dem Vorbehalt, daß die einzelnen Kredite genau geprüft werden können.

Fremdes Blut im Lande. Eine Folge der Bevölkerungsabnahme in Frankreich ist der immer stärkerer Zugang fremder Elemente, deren Zahl nach den neuesten Statistiken sich auf etwa 1 200 000 in Frankreich lebende Fremde beläuft. Es sind nun schwere Befürchtungen geäußert worden, daß diese Ausländer, die in Frankreich heizen, den „französischen Massenscharakter beeinträchtigen“. Dagegen werden sich jedoch die neuesten Untersuchungen, die Dr. Lamourier in der „Gazette des hôpitaux“ veröffentlicht, nach seinen langjährigen Beobachtungen ähneln die Kinder einer solchen Mischung denjenigen von den Eltern, der im Lande geboren ist. Die Züge des Geistes und die Körperformen hatten bei 80 v. H. aller aus Ehen zwischen Franzosen und Ausländern hervorgegangenen Kinder den französischen Typus; in der zweiten Generation gestaltete sich das Verhältnis noch günstiger, 70 v. H. haben französischen Typus, und in der dritten Generation 80 v. H. Die Gefahr einer Schwächung der französischen Rasse erscheint also danach gering.

Statten.

Die bevorstehende Finanzvorlage. Rom, 3. Febr. In einer Note der Agenzia Stefani werden die Finanzmaßnahmen aufgeführt, welche die Regierung der Kammer vorlegen wird. Die Vorlage umfaßt u. a. Änderungen der Erbschaftsteuer und der Stempelgebühren, indem sie die Ein-

traktationen zu den besseren Plätzen der Kinematographentheater einer Stempelgebühr unterwerfen; ferner eine Erhöhung der Besteuerung von Privatautomobilen. Die Gesamteinnahmen aus diesen Reformen werden auf 47 Millionen beziffert.

Türkei

Eine Kollektionsnote der Großmächte, betr. Verletzung des internationalen Rechts. Konstantinopel, 2. Febr. Die Vertreter der Großmächte haben der Pforte eine Kollektionsnote überreicht, in der sie deren Aufmerksamkeit auf verschiedene in letzter Zeit vorgefallene Verletzungen des internationalen Rechts hinlenken und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die nötigen Maßnahmen ergriffen werden, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden. Dieser Kollektionsakt wurde hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß vor etwa 10 Tagen die Polizei zur Ergreifung des Abgeordneten Bakri-Bei unter Verletzung des internationalen Rechts in die holländische Gesandtschaft einbrach und Bakri-Bei trotz des Widerstandes des eingeborenen Polizisten festnahm, was einen Protest seitens des Gesandten der Niederlande zur Folge hatte.

Asien.

DKG. Die Gummierzugung in Ostasien. Die Produktion der Kautschukplantagen auf Ceylon und in den Straits Settlements ist im Jahre 1913 gegenüber dem Vorjahre wieder enorm gestiegen und hat insgesamt 47 000 Tonnen betragen. Interessant ist eine Zusammenstellung der Produktionszahlen der vorhergehenden Jahre. Die ersten Ernten fielen in das Jahr 1905. Damals stellte sich die Gesamtproduktion auf 170 Tonnen; sie lag dann folgendermaßen: 1906 auf 600; 1907 auf 1300; 1908 auf 2000; 1909 auf 3500; 1910 auf 7000; 1911 auf 13 000; 1912 auf 28 000 und 1913 auf 47 000 Tonnen. Da der Weltkonsum an Kautschuk im Erntejahr 1912/1913 circa 121 000 Tonnen betragen hat, so ergibt sich, daß heute allein Ceylon und die Straits Settlements imstande sind, fast 40 Prozent des gesamten Kautschukverbrauchs zu liefern.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Wiesbadener Fremdenfrequenz im Jahre 1913.

Recht interessante und dankenswerte Aufschlüsse über die Fremdenfrequenz in Wiesbaden im Jahre 1913 gewährt ein von der städtischen Kurtag-Verwaltung bearbeiteter statistischer Bericht, der soeben herausgegeben worden ist. Aus den in dem Bericht mitgeteilten Zahlen ergibt sich vor allem das erfreuliche Resultat, daß die Zahl der unsere Kur- und Badeanstalt besuchenden Fremden trotz der nicht gerade günstigen Zeitverhältnisse auch im vergangenen Jahr gewachsen ist. Die Zählung der Passanten und Kurgäste hatte nämlich das folgende Ergebnis: 1913: 192 108; 1912: 189 370; mehr zugunsten des vergangenen Jahres: 2738.

Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die Zunahme der Kurgäste eine wesentlich größere gewesen ist, als die der Passanten; an dem Fluß von 2738 sind nämlich die Kurgäste mit 2231, die Passanten dagegen mit 507 beteiligt. Allerdings ist zu beachten — darauf weist auch der Bericht hin — daß sich eine jedenfalls sehr beträchtliche Zahl Passanten der Zählung durch die Kurtag-Verwaltung entzieht. Das ergibt sich daraus, daß nur 1887 Personen gezählt werden konnten, deren Aufenthaltsdauer sich nicht über einen Tag erstreckt hat, während die Zahl der genauer ermittelten zweitägigen Besucher 60 140 betrug. Man darf also ruhig die Gesamtzahl der Besucher Wiesbadens um einige Tausend hinaufsetzen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die eintägigen Besucher für das Fremden- und Kurgeschäft eine wenig bedeutende Rolle spielen; der Unterschied zwischen der in dem Bericht der Kurtag-Verwaltung mitgeteilten und der wirklichen Zahl der eintägigen Besucher fällt also bei der Beurteilung der Gesamtanlage der Wiesbadener Fremdenfrequenz doch nur unerheblich ins Gewicht.

Der Bericht stellt die weiter recht bemerkenswerte Tatsache fest, daß die Zahl der Kurgäste, die sich 20 bis 30 Tage hier aufhalten, etwas zugenommen hat, während die Frequenz für die zwei vorhergehenden zehntägigen und die der folgenden noch längeren Perioden demjenigen Aufenthaltsabschnitte gegenüber dem Vorjahr etwas gesunken ist. „Dies ist auf die Einführung der vierwöchentlichen Kur zurückzuführen“, konstatiert der Bericht, und man wird das nicht bestreiten können. Übrigens ist die Gesamtaufenthaltsdauer in 1913 doch noch um 0,18 Prozent höher als im Vorjahr.

Die Zählung der Fremden nach Nationalitäten ergab gegenüber dem Vorjahr eine gleichmäßige Zunahme aus fast allen Ländern. Gegenüber dem Jahr 1910 haben im Jahre 1913 rund 7400 Deutsche, 400 Schweizer, 400 Franzosen, 800 Engländer, 1800 Russen, 1400 Holländer und 1800 Belgier Wiesbaden mehr besucht. Erheblich geringer (um rund 1500) ist die Besucherzahl aus Nordamerika geworden. Schweden und Norwegen sowie Dänemark zeigen während der letzten vier Jahre einen zunehmenden Rückgang in der Zahl ihrer Staatsangehörigen, die unsere Stadt besuchen. Alles in allem wurde Wiesbaden im Jahre 1913 von rund 13 000 Fremden mehr besucht als im Jahre 1910. Der Rückgang in einzelnen Nationalitätengruppen braucht uns demnach keineswegs zu beunruhigen.

Darf man die Tätigkeit des städtischen Verkehrs-Bureaus mit der erfreulichen Tatsache, daß Wiesbadens Fremdenfrequenz trotz der schlechten Konjunktur sich auch im verflochtenen Jahre in aufsteigender Linie bewegt hat, in Verbindung bringen? Wir können diese Frage vorberhand nicht unbedingt bejahen; das Verkehrs-Bureau ist noch zu jung, um den über alle Zweifel erhabenen Nachweis führen zu können, daß wir just seiner Arbeit die Steigerung der Fremdenfrequenz zu verdanken haben. Aber daß sich in der erhöhten Zahl der Besucher Wiesbadens der Einfluß der lebhaften und geschäftigen Propaganda des Verkehrs-Bureaus geltend macht, darf sehr bereits angenommen werden, wenn sich auch der Beweis für diesen Einfluß erst in einem oder zwei Jahren, wenn man über eine längere Vergleichszeit verfügt, erbringen lassen wird.

Die Stadtverordneten werden am Freitag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses zur Sitzung eingeladen. Tagesordnung: 1. Bewilligung von 9300 M. für Erneuerung der Trommeln im unteren Rufführer der Schlachthöfeanlagen. Ver. Bau-A. 2. Desgleichen von 4270 M. für die Errichtung von zwei transportablen Sprengwagenbaracken für das städtische Straßen-

bauamt. Ver. Bau-A. 3. Spezielles Projekt für die Errichtung einer Volksschule an der Bahnstraße. Ver. Bau-A. 4. Umlegung von Bungaländen westlich der Balkmühlhofanlagen. Ver. Bau-A. 5. Vorlage, betr. Organisation der Abteilung für Gebäudeunterhaltung und Gewährung einer nicht pensionsfähigen Zulage von 300 M. an einen städtischen Beamten. Ver. Org.-A. 6. Fluchtklinienplan über die Abänderung von Straßen in den Distrikten „Kesselberg“, „Köbern“ und „Aberried“. 7. Bewilligung von 74 000 M. für Einlegung des zweiten Geleises in der Bierstadter Straße zwischen Fessenteller und der Ringweiche. 8. Antrag auf Gewährung eines hypothekarischen Darlehens an das „Johannisstift“ und Erhöhung des bisherigen Zuschusses. 9. Errichtung einer höheren Handelsschule im Anschluß an die kaufmännische Fortbildungsschule. 10. Bewilligung des Ruhegehalts für den am 1. April 1914 in den Ruhestand tretenden Schuldieners J. Krapp. 11. Vorlage über Personalveränderungen bei der Haupt- und den Zweigverwaltungen in 1914. Ver. Org.-A.

— Was ist richtig? In der in der gestrigen Morgen-Ausgabe mitgeteilten Regel: „Licht mehr, reiche Leute bei Tag“, schreibt uns ein alter Abonnent: „Sie scheinen falsch orientiert zu sein; die Regel soll heißen: „Arme Leute bei Tag“. Der Sinn der Regel ist der: Die Tage haben so viel zugenommen, daß das Abendessen auf dem Lande bei Tag vor sich geht und das Licht geipart werden kann. Begründet ist diese Deutung auch in den ländlichen Arbeiten früherer Epochen, in denen in Stallungen, Scheuern usw. noch mit Licht gewirkt wurde. Auf jeden Fall: „reiche Leute bei Tag“ ist falsch! Wir sind der Meinung, daß sich der Einsender in einem Irrtum befindet. Das Verschen, dessen ersten Teil wir mitteilten, haben wir in unserer Kinderzeit in dieser Fassung sehr oft gehört:

„Nicht mehr,
Spinnen verfeh!
Große Herrn bei Tag eh!
Reiche, wenn sie wunn,
Arme, wenn sie was hunn.“

Nach der Meinung der ländlichen Bevölkerung essen die großen, d. h. die vornehmen, die hohen Herren erst am späten Nachmittag zu Mittag, so spät jedenfalls, daß sie während der kürzesten Wintertage bei Licht essen und erst nach Vichmeß wieder bei Tag essen können. Auf dem Lande wird übrigens auch heute noch abends mit dem Licht in Stallungen und Scheuern gewirkt, und zwar nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer, abgesehen vielleicht von einigen Wochen des Hochsommers. Wir stellen unseren „Landboten“ übrigens gern zur Aussprache über diesen Gegenstand zur Verfügung.

— Stadtschreiber Gruber ist zum Dekan des katholischen Landkapitels Wiesbaden ernannt worden.

— Frühlingssboten. In den Gärten zwischen dem mittleren Philippberg und der Gustav-Adolf-Straße schlägt seit einigen Tagen eine Amsel lebhaft wie im Frühjahr.

— Internationale Ballonfahrt. Von Montag, den 2., bis Samstag, den 7. Februar d. J., finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

— Einreichung von Unterstützungsgesuchen durch sog. Winkelschreiber. Es ist vielfach beobachtet worden, daß Personen, welche die Hilfe der Armenverwaltung in Anspruch nehmen wollen, sich nicht an die Armenkommissionen, Armenpfleger oder die Abfertigungsstelle wenden, sondern durch Rechtsgutachten und Winkelschreiber sich Witzgefühle gegen Verzicht auf den Antrag lassen, in der letzten Annahme, ein solches Schriftstück habe größere Wirksamkeit. Da die Winkelschreiber mit den Einrichtungen der Armenverwaltung meist wenig oder gar nicht vertraut sind und die von ihnen gefertigten Gesuche zunächst vielfach an unzuständige Dienststellen eingekampt werden, erleidet das Unterstützungsgefuß häufig eine Verzögerung. Sodann wird aber auch bei der Bearbeitung solcher Gesuche die Vermutung Platz greifen können, daß die Not noch keine sehr große sei, da der Absender noch die Mittel habe, sich gegen Verzicht auf den Antrag zu wehren. Eine städtische Armenkommission ersucht daher die Armenkommissionen, auf die Unsitte der Einreichung von Unterstützungsgesuchen durch Winkelschreiber gegebenenfalls aufmerksam zu machen und die Antragsteller an die Abfertigungsstelle zu verweisen, wenn sie nicht selbst das Unterstützungsgefuß zu Protokoll nehmen wollen. In schwierigeren Fällen sei auch die städtische Rechtsanwaltsstelle bereit, Eingaben an die Armenkommission kostenlos aufzunehmen. Es müßte auf jeden Fall verhindert werden, daß hilfsbedürftige Mitbürger ihre letzten Groschen zu Winkelschreibern tragen zur Anfertigung von Gesuchen, die von den zuständigen Stellen kostenlos, jähneler und wirksamer erledigt werden.

— Zur Berufswahl läßt auch der Deutsche Kellnerbund „Ganymed“ sich vernehmen. Er warnt vor dem Kellnerberuf namentlich diejenigen, die schwächlich und kränzlich, oft mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, welche ein späteres Fortkommen als Kellner erschweren oder gar ausschließen. Die ausgedehnte Arbeitszeit in oft schlecht gelüfteten, mit Rauch und den Ausdünstungen vieler Menschen angefüllten Räumen bedingen einen kräftigen Körper; daß der Junge gut gewachsen und ohne körperliche Fehler sein muß, erscheint wohl auch dem Laien selbstverständlich. Sind diese Vorbedingungen vorhanden — so heißt es in der Warnung —, so sei man vorsichtig bei der Wahl der Lehre. Kleinere Betriebe, die von einem Nichtfachmann allein bewirtschaftet werden, sind wohl ganz auszuschließen. Sind obige Bedingungen vorhanden, so bietet auch der Kellnerberuf gewisse Aussichten, die man sich aber hüten muß zu überschätzen, da die Verhältnisse im Gastwirtschaftsberuf besonders in den letzten Jahren bedeutend verschlechtert haben.

— Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Das Amtsgericht hat der Wiesbadener Immobilien-, Erwerbs- und Verwertungsgesellschaft, G. m. b. H., in Berlin zu ihrem Vorbehalten von 11 150 M. unter Abkündigung aller bestehenden Rechte den Zuschlag für einen Acker, 11 A 23 Quadratmeter, an der Karstraße erteilt. Die Tage belief sich auf 22 500 M., die hypothekarische Belastung auf 53 000 M. — Vor dem hiesigen Amtsgericht wurde am Montag das Wohnhaus mit Nebengebäude Adlerstraße 53 dahier, 4 A 84 Quadratmeter groß, Tage des Stadtschreibers und der Steuerbehörde 90 000 M., einer Versteigerung ausgesetzt. Das Höchstgebot mit 74 300 M. legten dabei die Eheleute Tiefbaumunternehmer Karl Färber und Anna, geb. Färber, Körnerstraße 9, ein. Die 55 000 M. hypothekarische Belastung kommen in Fortfall. Der Zuschlag

wurde gleich im Termin erteilt. — Im weiteren wurde das Wohnhaus mit Hofraum und Nebengebäude Albrechtstraße 23, 8 A 60 Quadratmeter groß, 77 000 M. Tagwert, zum Ausgebot gebracht. Das höchste Gebot mit 153245 M. legte der Rentner August Schmidt, Platter Straße 66, ein. 89 000 M. fremde Hypotheken bleiben bestehen. Schmidt selbst ist Hypothekengläubiger mit 18 000 M. Auch in diesem Termin erfolgte die Zuschlagserteilung sofort.

— Gibt der Alkohol Wärme? In der kälteren Jahreszeit glaubt mancher zum Schnapsglas greifen zu müssen, um seinen inneren Menschen zu erwärmen. Da ist es von besonderem Interesse, festzustellen, wie es mit der Erwärmung durch den Alkohol bestellt ist. Sachverständige haben berechnet, daß wir bei einer Ausgabe von 30 Pf. an Wärmeinheiten unserem Körper zuführen bei Schnaps 0, Eier 270, Feigen 782, Butter 794, Pfäumen 818, Kuhmilch 906, Palm 1880, Linfen 2042, Reis 2082, Mühlengut 2380, Roggenbrot 2462 und Kartoffeln 2823, das heißt, wenn man 30 Pf. ausgibt, kann man seinem Körper beispielsweise 2462mal so viel Wärme zuführen, wenn man das Geld in Roggenbrot anlegt, als wenn man für den gleichen Betrag Schnaps trinkt. Wer Lust hat, prüfe diese Rechnung.

— Der letzte Wolf in Nassau. Es ist unlängst darauf hingewiesen worden, daß sich der letzte Wolf in Nassau 1853/54 in der Gegend von Soden gezeigt habe. Wir glauben, daß es sich bei dem fraglichen Tier um einen verwilderten Schäferhund, aber nicht um einen Wolf gehandelt hat. Den letzten Wolf in Nassau hat man im Jahre 1843 bei Brandenbörfer im Weigebiet geschossen, und daß es sich dabei um einen wirklichen Repräsentanten seines Geschlechts gehandelt hat, das kann man im hiesigen Museum sehen, wo der Räuber ausgebalgt steht.

— Gegen das Kupieren der Hunde wendet sich ein Aufsatz im letzten Doppelheft der Monatschrift des Berliner Tierärztesvereins „Anwalt der Tiere“. Darin heißt es: Das Verkürzen der Ohren und des Schwanzes bei Hunden ist eine allgewohnte Sitte, die eine Unsitte genannt und endlich abgeschafft werden muß. Kein Mensch sollte es auf sein Gewissen laden, einem wehrlosen Tier so furchtbare Schmerzen zu bereiten und es zeitlebens zu verstümmeln. Die Hundehören und der Hundeschwanz gehören zum Hund; anderenfalls ist es ein verführter Hund, nicht ein verbesserter. Neben der Verschandelung ist dieses Verfahren für die Tiere auch gesundheitsschädlich. Da man nämlich meistens kurzhaarige Hunde, bei welchen (im Gegensatz zu Spitz und Affenpinscher) die Innenseite der Ohren unbedeckt ist, verstümpft, so wird durch das Abschneiden des Behangs der Gehörgang ziemlich bloßgelegt. Insekten und Regen haben freien Zugang und verursachen leicht Entzündungen und Ektisungen. Die Nichtigkeit dieser Behauptung hat man lange in Jägerkreisen erkannt; denn den Jagdhunden werden die Ohren nicht beschneitten. Während die Schwänze den Hunden schon wenige Tage nach der Geburt abgeschnitten werden, kürzt man die Ohren meistens erst nach sechs Wochen. Wer Gelegenheit gehabt hat, solchen kupierten Hunde unter entsetzlichem Schreien umherjagen zu sehen und stundenlang wimmern zu hören, der wird dieses barbarische Verfahren auf immer verwerfen. Nach viel abgekauften ist die Quälerei, wenn bei ausgewachsenen Hunden noch ein Radverschneiden der Ohren oder ein Radverkürzen der Rute vorgenommen wird. Und zur rohesten Schänderei artet das Radkupieren aus, wenn dann noch eine sogenannte Radbehandlung eintritt, bei der durch niederträchtige Kniffe an den im Zustand der Heilung befindlichen Gliedmaßen (z. B. durch Ausziehen der Ohren) irgendwelcher Schönheitsfehler abgeheilt werden soll. — Jedenfalls ist es Pflicht aller Tierärztesvereine, gegen diese Barbarei endlich entschieden vorzugehen. Kein Mitglied eines solchen Vereins und keiner, der sonst ein Tierfreund sein will, sollte ein so verurteiltes Tier kaufen! Auf den Hundausstellungen dürfen keine kupierten Hunde mehr zugelassen und niemals mehr mit Preisen ausgezeichnet werden!

— Gärtnerei-Anlagen. Die „Städte-Zeitung“ veröffentlicht eine Tabelle über den „prozentualen Anteil der im Stadtgebiet liegenden öffentlichen Waldungen und gärtnerischen Anlagen über 5 A an der Gesamtfläche der Stadt“. Die Tabelle erstreckt sich über 41 deutsche Städte und umfaßt die Jahre 1893 bis 1910. Im Jahre 1893 betrug in Wiesbaden der Anteil der innerhalb der Stadt liegenden öffentlichen gärtnerischen Anlagen über 5 A an der Gesamtstadtfläche nur 0,80 Prozent; von den 41 Städten hatten nur neun verhältnismäßig bedeutendere gärtnerische Anlagen: Altona, Danzig, Frankfurt a. d. O., Freiburg i. B., Köln, Erfeld, Neufölln, Schöneberg und Spandau. Im Jahre 1910 dagegen hatten sich die öffentlichen gärtnerischen Anlagen Wiesbadens bereits auf 4,68 Prozent des gesamten Stadtgebietes ausgedehnt. Kam die Stadt im Jahre 1893 bezüglich der prozentualen Größe ihrer öffentlichen Anlagen erst an 31. Stelle, so war sie innerhalb des kurzen Zeitraums von sieben Jahren an die 17. Stelle hinaufgerückt. Inzwischen dürften sich die Verhältnisse noch günstiger gestaltet haben. Wiesbaden gehört zu den elf deutschen Städten, deren öffentliche Anlagen die Weisung zeigen, sich ständig zu vergrößern.

— Ein radeibender Soldat stieß gestern vormittag in der Friedrichstraße mit einem Auto zusammen, glücklicherweise ohne besonderen Nachteil. Er flog von seinem Fahrzeug herunter und trug leichte Verletzungen an einer Hand davon. Sein Rad kam natürlich auch nicht ohne Schaden davon.

Aus dem Vereinsleben.

Dorberichte, Vereinsversammlungen.

Die heute Mittwochsabend vom „Verband deutscher Handlungsgesellen“, Weisung, Kreisverein Wiesbaden, anberaumte öffentliche Versammlung in der „Wartburg“ beginnt um 9 Uhr.

Der Sängerkorps des Turnvereins Wiesbaden hält am Donnerstag, abends 9 Uhr im Vereinslokal, Hellmündstraße 25, seine Jahreshauptversammlung ab.

Die „Frauenherbelle“ zu Wiesbaden hielt dieser Tage im Turnverein, Hellmündstraße 25, ihre Jahresversammlung ab, in welcher zunächst der Bericht des Geschäftsberichts erstattete. Daraus ging hervor, daß die Zahl der Mitglieder hinter denen der letzten Jahre nicht unerheblich zurückgefallen ist, was die finanzielle Entwicklung der Herbellie ungünstig beeinflusst. Die Einnahmen beliefen sich im ganzen auf 37 552 M., wovon 22 927 M. 15 Pf. Sterbebeiträge sind, die Ausgaben auf 36 445 M. 16 Pf., wovon 17 000 M. auf Sterbebeiträge entfallen. Dem Reservefonds konnte ein ansehnlicher Betrag zugeführt werden. Er beträgt gegenwärtig rund 50 000 M. in minderbewerteten Wertpapieren. Der Revisionsbericht stellte die einwandfreie Führung der Herbellie fest, worauf Vorstand und Nebendank-Erklärung erteilt wurden. In den Vorstand wurden die sachgemäß auszuwählenden Mitglieder Frauen Götsch, Eins und Wein-gärtner wieder- und die Frauen Schramm und A. Dell neu-gewählt. Das auscheidende Mitglied des Verwaltungsausschusses, Herr O. Philipp, wurde ebenfalls wiedergewählt. Die Wahl der Revisoren fiel wieder auf die Herren Naumann, B. Reich, Beamter H. Kengenitz und Buchhalter F.

Selenia. Von den sonstigen Verhandlungen war besonders bemerkenswert die Mitteilung, daß im verflochtenen Jahre das gesetzlich vorgeschriebene, alle fünf Jahre fällige Versicherungs-todeskassen-Untersuchen über die Kasse erstattet wurde und dieses der Aufsichtsbekörde keine Veranlassung gab, an den Einrichtungen der Kasse, wie Beiträgen oder Sterberenten, etwas zu ändern. Die Kassenbeiträge während ihres 25jährigen Bestehens in 767 Fällen 332 700 M. an Sterberenten ausbezahlt und mit dieser erheblichen Summe vielen Familien über Schwierigkeiten, die für sie mit Sterbefällen verbunden waren, hinweggeholfen.

Vereinsvorträge.

In der letzten wissenschaftlichen Sitzung des „Nassauischen Vereins für Naturkunde“ hielt Herr Dr. M. Szabó einen interessanten Vortrag über „Himmelsanvariante“, dem sich eine lebhafte Besprechung anschloß. — Die nächste wissenschaftliche Abendunterhaltung findet Donnerstag, den 6. d. M., abends 8½ Uhr im „Kaffee“, Friedrichstraße, statt. Herr Dr. med. H. Müller wird einen Lichtbildervortrag „Über Land und Leute, Flora und Fauna von Australien“ halten. Gäste willkommen.

Vereinsfeste. (Nachnahme frei bis zu 20 Zeilen.)

* Der „Eisenbahnerverein Wiesbaden“ veranstaltete am vergangenen Samstagabend im Turnerheim in der Hellmuthstraße eine Kaisergeburtstagsfeier, die einen überaus zahlreichen Besuch aufwies. Nach dem Festspiel „Kaiserhuldigung“ hielt der Vorsitzende, Geheimrat Stiegelmeyer, die Festrede und brachte das Kaiserhoch aus. Der weitere Verlauf des Abends gestaltete sich recht anmutig. Ein von Kindern der Vereinsmitglieder aufgeführtes Theaterstück „Kaisers Geburtstag bei den Zwergen“ fand viel Anklang. Ebenso die folgenden komischen Solo- und Duoszenen, die abwechselten mit schönen Chören des Gesangsvereins „Union“ und Vorträgen des „Musikvereins Wiesbaden“. Den Schluß bildete der statt gelieferte Schwank „Das Stiefmütterchen“, wobei die Zuschauer nicht aus dem Lachen herauskamen. Ein nachfolgender Ball hielt die Festteilnehmer bis zum frühen Morgen zusammen.

* Der „Fleischergewerkschafts-Verein“, gegründet 1883, feierte am Sonntag, den 1. Februar, sein 31jähriges Stiftungsfest in den oberen Räumen der „Waldbau“. Der schon geschmückte Festsaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der 1. Vorsitzende, Herr J. Zahnstein, begrüßte die Festgäste und dankte besonders dem Obermeister Matern sowie den zahlreich erschienenen Meistern für ihre Beteiligung an der Feier. Obermeister Matern hielt eine längere Ansprache und dankte im Namen der „Wiesbadener Fleischerinnung“ für die freundliche Einladung. Allgemeine Bewunderung erregte die prächtig geschmückte Tombola. Der „Quartett-Verein“ erntete für seine schönen Vieder allgemeinen Beifall. Eine weit über 100 Rame zählende Kolonne eröffnete den Ball, der alle Festteilnehmer bis zur frühesten Morgenstunde zusammenhielt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Raubmord an einem Dieblicher in Marbach.

z. Dieblich, 3. Febr. Am Samstagnachmittag wurde der bei der Dieblicher Filiale Halle u. Cie. in Marbach angestellte Kassenhote Heinrich von hier von drei Unbekannten überfallen und erhielt zwei Schüsse in den Rücken. Heinrich hatte in Begleitung des Kassierers, eines Herrn Mayer aus Offenbach, Schwiegerohn des in Wiesbaden anässigen Baumschulbesizers Müller, das Geld bei der Kasse abgeholt, das zur Auszahlung des Lohnes dienen sollte. Die Täter mußten sehr guten Verstand gehabt haben, da gerade am Samstag zum Monatschluß eine größere Summe ausbezahlt wird. Der Kassierer, Herr Mayer, aber hatte das Geld an sich genommen und war in seine Wohnung gegangen. Als der Erschossene zu Boden fiel, rissen die Täter ihm die Kleider aus, fanden aber nichts. Sie gaben ihrem Opfer noch einen Schuß durch den Kopf. Der Kassierer Mayer wäre den Mördern ebenfalls zum Opfer gefallen, wenn er den Kassenhoten begleitet hätte. Heinrich steht im Alter von ca. 50 Jahren, ist verheiratet und bei der Dieblicher Firma seit 25 Jahren tätig.

o. Dieblich, 3. Febr. Die Dieblicher Unterstützungskasse feiert in diesem Jahr ihr 25jähriges Bestehen. Der Verein hat in dieser Zeit an Sterberenten rund 130 000 M. ausgezahlt. Im letzten Jahr wurden bei 20 Sterbefällen 9500 M. zur Auszahlung gebracht. — Gestern nachmittag wurde hier ein Rebbock gefangen, der von Mainz her über den Rhein geschwommen kam. Das völlig erschöpfte Tier wurde dem Jagdpächter auf der Reitbergau übergeben. — Der hiesige Ortsausschuß für Jugendpflege beriet in seiner letzten Sitzung die Einrichtung der Halle auf dem Rudolf-Dyckerhoff-Platz mit Geräten für Turn-, Spiel- und Sportzwecke. Mit der Durchführung wurde eine besondere Kommission beauftragt. Dem Verein wurde durch den Herrn Regierungspräsidenten mitgeteilt, daß Beihilfen zur Errichtung von Jugendheimen aus Staatsmitteln gegeben werden könnten. Kunstschlossermeister Deuser erstattete als Sachverständiger den Rechnungsbericht, nach dem die finanziellen Verhältnisse der Ortsgruppe des Ortsausschusses zwar nicht besonders rosig sind, doch glaubt man bei der Sympathie, die hier den Bestrebungen des Ausschusses entgegengebracht wird, damit rechnen zu dürfen, daß ein eigentliches Ranko nicht aufkommen wird.

z. Dieblich, 2. Febr. Heute wurde ein Sänger, der in Sängerkreisen in der ganzen Umgebung wohlbekannt ist, der Mitbegründer des hiesigen „Männergesangs-Vereins“, Herr Ludwig Feucht, unter großer Beteiligung zur letzten Ruhe gebettet. Der Verstorbene war zugleich Mitglied des „Krieger- und Militärvereins“ und wurde, da er im Kriegsjahr 1870/71 aktiv diente, unter militärischen Ehren begraben. Der „Männergesangs-Verein“ sang am Grab und die Vorsitzenden der beiden Vereine legten am Grab Kränze nieder. — Ein köstlicher Humor entwickelte sich gestern Abend in der Galsitzung der „Käsewörter“ im Saal „Zum Adler“. Nach dem Einzug des Orchesterkomitees begrüßte Herr Adolf Groß die Herren und Damen. Bald darauf zog, freudig begrüßt, das Komitee des „Wiesbadener Karnevalsvereins“ ein. Vorträge hielten das Birreche Herr Beder, unser heimischer Komiker Herr Dauster und ein Frankfurter Gast. Gelungen waren die Einakter „Das 25jährige Dienstjubiläum des Herrn Fiedelweber“, „Der kleinste Kämmerer“ und ein Schwank. Die zahlreichen Zuhörer lachten nicht mit ihrem Beifall.

z. Kriegerverein, 2. Febr. Der hiesige „Krieger- und Militärverein“ feierte am Sonntag im Saal „Zum Rößel“ den Kaisergeburtstag. Der Vorsitzende Veteran Jakob Seebach hielt eine kernige Ansprache und brachte das Kaiserhoch aus. Kaufmann Benck (Wiesbaden) führte Lichtspiele auf und ein Ball beschloß die Veranstaltung.

Nassauische Nachrichten.

— Glashaus (Kreis Münden), 2. Febr. Der hiesige Gesangsverein feierte am 14. und 15. Juni d. J. die Feier seines 25jährigen Bestehens und verbindet damit sein 25jähriges Jubiläum. Diese Festlichkeiten werden im Rahmen eines Gesangs- und Tanzfestes begangen. Außer sehr hohen Geldpreisen und wertvollen Kunstgegen-

ständen kommen noch neben einem in fester Aussicht stehenden Kaiserpreis mehrere Güterpreise zur Verteilung. Die Delegiertenversammlung hierzu findet am 15. Februar, nachmittags 1½ Uhr, im Saalbau „Zum deutschen Kaiser“ statt.

Aus der Umgebung.

ht. Frankfurt a. M., 1. Febr. Der Magistrat hat eine dem Ansehen der Stadt sehr geschätzte Gedenktafel gestiftet. Diese wird am 11. Februar, dem 101. Geburtstag Kaiser Wilhelms, unter entsprechenden Feierlichkeiten am einstigen Wohnhaus des Gefeierten, Gärtnerweg 57, enthüllt. — M. An verschiedenen Stellen der Innenstadt sollen jetzt Milch- und Fleischstellen errichtet werden. Der Magistrat fordert zur Errichtung der Fleischstellen etwa 17 500 M. — Am 1. Oktober wird der Polizeikommissar Szagunn aus dem Dienst scheiden. Szagunn entdeckte seinerzeit das Dynamitattentat, das bei der Einweihung des Riederwald-Badens geplant war. Hierdurch machte Szagunn Karriere. Er feierte vor 3 Jahren sein 40jähriges Dienstjubiläum.

Gerichtssaal.

wc. Der „Lunaparl“ und anderes. Der Agent und frühere Kellner Julius Wahl von Wiesbaden ist gelegentlich der letzten Schörrichterstagung wegen Münzverbrechens in Strafe genommen worden. Im Mai v. J. präsentierte er sich bei einem hiesigen Gastwirt und offenbarte ihm, daß er eben dabei sei, in Dohheim einen „Lunaparl“ einzurichten, und daß die Verwirklichung des Projekts lediglich davon abhängig sei, daß es ihm gelinge, einige Hundert Mark Geld aufzubringen. Zugleich stellte er dem Wirt in Aussicht, eventuell ihm den Wirtschaftsbetrieb übertragen zu wollen. Der betreffende Wirt handigte ihm daraufhin auch 500 M. ein. Kurz darauf schickte Wahl einen Vertrauensmann zu ihm, der ihm sagen sollte, daß sich noch ein anderer Reflektant für den Wirtschaftsbetrieb gefunden habe. Dieser habe seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, ihm einen weit höheren Voranschlag zu geben. Der Abgesandte verlangte daher weitere 1000 M., die er jedoch nicht erhielt. In derselben Zeit kaufte Wahl von einer Witwe für 300 M. ein Automobil, um es gleich nachher für 150 M. einem Mitbändler weiter zu verkaufen. Weiter beauftragte ihn ein hiesiger Geschäftsmann, mit einem Gläubiger in Frankfurt zu verhandeln. Er handigte ihm 150 M. ein, mit der Bestimmung, daß 135 M. davon an einen Frankfurter zu zahlen seien, während der Rest als Entschädigung für seine Bemühungen zu gelten habe. Wahl jedoch zog vor, den ganzen Betrag für sich zu behalten. Das Schöffengericht verurteilte ihn zusätzlich zu den 9 Monaten, die er vom Schwurgericht erhalten hat, zu 6 Monaten Gefängnis.

wc. Der Toto. Gelegentlich der Wiesbadener Herbstrennen wurde der Jodei Ray Clausen aus Hamburg erwischt, als er Personen in der Absicht, dafür sein Frei-Lid zu erhalten, zu Wetten auf bestimmte Pferde aufforderte. Wegen Vergehens wider das Totalsportgesetz nahm die Strafkammer ihn in 2 Wochen Gefängnis.

wc. Diebstahlswindel. Dem Buchhalter Jean Rauch aus Sonnenberg, ein Mann, welcher unzähligmal wegen Betrugs, Unterschlagung, Diebstahls usw. vorbestraft ist, war es im Herbst v. J. gelungen, bei einem Bekannten seiner Familie in Sonnenberg noch einmal eine Stelle zu finden. Rauch war er dort warm geworden, da handelte er mit einem jungen Dienstmädchen an, welchem er die Ehe versprochen und dem er dann seine ganzen Ersparnisse in Höhe von 400 Mark durchbrachte. Die Wiesbadener Strafkammer verurteilte ihn zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus nebst fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

wc. Tierquälerei und schwere Körperverletzung. Der Tagelöhner Gustav Wüst von Wiesbaden ist am 15. November v. J. in der Krummhölzer Straße sowie deren Umgebung in unmenslicher Weise mit einem Pferd umgegangen und hat eine junge Dame, die sich des gequälten Tieres annahm, ebenfalls mit dem Peitschenhieb mißhandelt. Das Schöffengericht verhängte wegen Tierquälerei 1 Monat Haft, wegen schwerer Körperverletzung 2 Monate Gefängnis über ihn.

M. Die Notlage des Ehemanns. Frankfurt a. M., 2. Febr. Die Strafkammer sprach einen Wirt von der Anklage der Urkundenfälschung und der Verletzung des Briefgeheimnisses frei. Der Angeklagte hatte seine Frau im Verdacht, daß sie mit einem bei ihm beschäftigten Kellner Liebhegele. Um der Sache auf den Grund zu gehen, schrieb er unter dem Namen des Kellners an die Post und verlangte, daß alle „seine“ Briefsendungen in die Wirtschaft gesandt würden. Bald traf auch ein Schreiben an den Kellner ein, das von der Hand seiner Frau war. Nun gab es einen Skandal, und der Kellner zeigte den Wirt wegen Urkundenfälschung an. Das Gericht war der Ansicht, daß sich der Wirt in einer Notlage befand und ein Angriff auf ein Rechtsgut, auf die Ehe, vorlag. Somit habe der Wirt in Notwehr gehandelt.

wb. Berlin, 3. Febr. In dem Prozeß gegen den Korvettenkapitän a. D. Hubiger Freiherr von der Goltz ist heute nachmittags der Angeklagte der Anklage zum Vergehen gegen den § 33 des Militärstrafgesetzbuches (diplomatische Spionage) für schuldig befunden und zu 3 Monaten Festungshaft unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt worden. Ein Vergehen gegen den Paragraphen des Gesetzes, betreffend den Verrat militärischer Geheimnisse nach dem Spionagegesetz hielt das Gericht nicht für feststellend.

S. Die Verhandlungen gegen den Grafen Miesginski. Rosen, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Gegen den Grafen Miesginski, der sich immer noch im Antisemitengefängnis zu Glatz befindet, ist jetzt, nachdem die Kommissionsabgeschlossen ist, bei der Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben worden. Sie lautet auf Totschlag in drei Fällen. Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß der Graf die Tat in höchster feilscher Erregung ohne Überlegung ausgeführt hat. Die Verhandlung wird voraussichtlich noch in der in diesem Monat beginnenden Schörrichterperiode stattfinden.

Neues aus aller Welt.

Der Bettler in Räten. Landsberg, 2. Febr. In eine recht peinliche Situation kam, wie berichtet wird, in Landsberg a. d. Warthe ein Bettler, der sich in die Wohnung des dortigen Stadtschreibers Albrecht in Abwesenheit der Familie einzuwagelte. Als er einen Gang durch die Wohnung machte, geriet er in ein Zimmer, indem sich zwei deutsche Schaffensbunde befanden. Die auf den Mann dressierten Tiere warfen blühend den Eindringling zu Boden und rissen ihm dann alle Kleidungsstücke vom Leibe, so daß er schließlich kaltern mußte. In dieser unangenehmen Lage mußte der Bettler bis zum Abend ausdauern, da die Hunde bei der festesten Bewegung die Zähne zeigten. Erst dann wollte ihm die Befreiung. Nachdem er wieder notwendig bekleidet war, eilte er schleunigst davon. Sider ist ihm für einige Zeit die Lust vergangen, in fremde Wohnungen einzudringen.

Im Badensee eingebrochen und ertrunken. Radeburg, 3. Febr. Drei junge Leute, die gestern Abend im Nebel vom Schweizersee nach dem badischen Ufer mit Schlittschuhen fahren wollten, kamen dabei an eine noch nicht tragfähige

Stelle. Während der eine noch zurückfahren konnte, brachen die beiden anderen ein. Der eine derselben, der aus Berlin in der Schweiz stammte, ertrank, während der andere, aus dem Badischen stammende gerettet werden konnte. — Das Eis auf dem Untersee ist jetzt bereits so stark, daß man mit Automobil von Radeburg nach der Reichenau fahren kann. Eine Gasexplosion. Nordhausen, 3. Febr. Heute früh 6 Uhr erfolgte hier bei dem Wäldermeister Dels eine schwere Gasexplosion, wobei einige Personen erhebliche Verletzungen erlitten. Die Explosion erfolgte durch einen Defekt an der Gasleitung, der infolge Einfrierens entstanden war.

Su dem Raubmord von Mentone. Rom, 2. Febr. Die gestern in der Reichskammer des Friedhofes von San Remo vorgenommene Besichtigung der Leiche des auf einem Automobil-Ausflug nach Mentone erschossenen Schweizer Kaufmanns Sigall hat ergeben, daß der Verdächtige Longfield alias Wolf den Revolver aus nächster Nähe abgegeben hat. Die Kugel hat den Rücken und die Lunge durchbohrt und ist im Brustbein stecken geblieben. Der angeklagte Amerikaner Longfield, der den Kaufmann Sigall aus Leibeserz ermordet hat, ist der 25jährige Albert Wolf aus Thann in Bayern. Er hat noch einen Diebstahl von 16 000 M. auf dem Gewissen, und ist schon vorher von der deutschen Polizei gefasst worden. Wolf scheint auch noch mehrere Verbrechen in Frankreich verübt zu haben. — Nach den von der Polizei eingegangenen Meldungen wird der 25jährige Albert Wolf aus Thann von der deutschen Polizei wegen Diebstahls von 8000 M. gefast. Wolf soll den Deutschen Sigall getötet haben, um ihn zu berauben, doch habe er ihm nur ungefähr 70 Franken abnehmen können. Die Leiche Sigalls wird nach Leipzig gebracht.

Deutscher Reichstag.

Fischer und Winzer.

S. Berlin, 3. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung hatte der Präsident zunächst eine Art Bodenschau zu geben: Einen Nachruf für den verstorbenen Zentrumsgesandten Preuß und für die Verunglückten der Beche „Minister Achenbach“ und des Segelschiffes „Hera“ verband er mit Glückwünschen für die Herstellung der drahtlosen Verbindung zwischen Deutschland und Amerika und die Vollendung der Tanganjika-Bahn. Nach der Beantwortung einiger kurzer Anfragen setzte das Haus dann die Spezialdebatte über den Etat des Herrn Delbrück fort. Die ersten drei Stunden galt einer ausgedehnten Fischereidebatte. Der Abgeordnete Roske, der sie einleitete und beschloß, hat ein merkwürdiges Mittel entdeckt, die Erträge der Hochseefischerei zu vermehren und dadurch die Versorgung der Bevölkerung mit der billigeren und gesunden Fischnahrung zu begünstigen: Er will die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden herabsetzen und die Sonntagsarbeit abschaffen, mit anderen Worten, die Geringe offenbar automatisch langen. Manche Klagen des Redners über die Arbeitsverhältnisse, speziell auch der Hochseefischereiflotte, gab allerdings der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor von Jonquière, zu, der im übrigen die Erhöhung des Reichsausschusses zur Förderung der Fischerei ablehnte, weil — wieder einmal — die Mittel fehlen. Dabei handelt es sich um 100 000 M. Von den übrigen Rednern verlangte der Fortschrittler Strube mehr Fischereihäfen und bessere See- und Bahntransportmöglichkeiten, der Abgeordnete Regier bessere Vorfürge für die Verwertung der Seefische im Inlande und billigere Eisenbahntransporte, der Abgeordnete Schwabach ausreichende Hilfe für die durch die Sturmflut geschädigte Ostseefischerei, wie überhaupt eine größere Berücksichtigung der Ostsee, die ohnehin gegenüber der Nordsee im Nachteil sei. Auf dem Umwege über die Seemannshäfen und die afrikanischen Dampfersubventionen kam man dann auf die Nebelausschließung zu sprechen. An dem Versuch, die Nebelausschließung zu reden, beteiligten sich namentlich die Abgeordneten Reiter, Soehn, Beder, Sessen und Baasche. Ministerialdirektor v. Jonquière hatte sich vor allen Dingen gegen den Vorschlag zu wahren, daß in Frankreich und der Schweiz rationellere Maßnahmen getroffen werden.

Sitzungsbericht.

Einiger Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

Berlin, 3. Februar.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Das Andenken des heute in Berlin verstorbenen Abg. Preuß (Zentr.) wird in üblicher Weise geehrt.

Der Präsident richtet dann eine Ansprache an das Haus. Er gedenkt dabei nochmals des Unglücks auf Beche „Achenbach“. (Die Mitglieder erheben sich.) Sodann gedenkt der Präsident des Unglücks an der englischen Küste, bei dem ein stolzes Segelschiff in kürzlicher Nacht gerscheit sei und bei dem 19 brave Seeleute den Seemannsstand gefunden haben, und fährt fort: Welche Opfer an Menschenleben auch gefordert werden, trotz allem Mißgeschick schreitet die Kultur unaufhaltsam vorwärts. Die deutsche Technik hat in diesen Tagen wieder Erfreuliches geleistet und Beweise ihrer Tätigkeit und Zuverlässigkeit erbracht, auf die wir stolz zu sein alle Ursache haben. Von Wilhelms hat Hannover aus hat der Kaiser direkt drahtlos an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Telegramm geschickt. Räumliche Entfernungen sind damit überwunden und die Völker in einer bisher nicht gekannten Weise einander nähergebracht worden. Ferner ist dieser Tage ein großes deutsches Werk vollendet worden: der Tanganjika-See ist mit der Eisenbahn erreicht worden. (Bravo!)

Zunächst werden

kurze Anfragen

Abg. Gothein (Wpt.) fragt: Zeitungsnotizen zufolge haben die Herren Professor Dr. Brieger und Chemiker Dr. Strauß ein wirksames Heilmittel gegen die Maul- und Klauenseuche entdeckt. Hat der Herr Reichstagskanzler dessen Prüfung veranlaßt und ist er, falls dieses den hauptbesten Heilwert bestätigt, bereit, das Mittel für das Reich zu erwerben und es den deutschen Viehhältern gegen Erstattung der Selbstkosten überall zur Verfügung zu stellen?

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquière: Aus den bis jetzt über das neue Mittel erfolgten Veröffentlichungen läßt sich ein abschließendes Urteil über seine Brauchbarkeit zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche nicht ge-

winnen. Die Reichsverwaltung wird die geeigneten Schritte einleiten, damit weitere Versuche mit dem Mittel angestellt werden und sich zu diesem Behufe mit dem Königl. Preussischen Minister für Landwirtschaft in Verbindung setzen. Zur Erzeugung wegen des Erwerbs des Heilmittels für das Reich hat bisher, zumal es bereits fabrikmäßig hergestellt wird und von der Fabrik erhältlich ist, ein Anlaß nicht vorgelegen.

Abg. Kunert (Sog.): In der 117. Reichstags-Sitzung vom 30. Januar 1911, also vor drei Jahren, erklärte wiederholt der damalige preussische Kriegsminister, und zwar aus Anlaß der Beratung der dem Herrn Reichsfiskus zur Erörterung überreichten Petitionen des Wirtl. Ges. Kriegsrats Uhlenbrock, daß die Reformbedürftigkeit und Vereinfachung der Verwaltung des Heeres, insbesondere der Militärintendanturen, nicht bestritten werden könne. Er hob dabei hervor, daß eine Kommission bereits eingesetzt sei, die sich mit dieser geplanten Reform zu befassen habe und daß ihre eingehenden und eifrigen Erörterungen und Arbeiten mit Ablauf des Jahres 1911 so weit vorgeschritten sein würden, daß man, davon ausgehend, zu weiteren Resultaten werden gelangen könne. Gleichzeitig versprach er die Anfertigung einer Denkschrift über die beabsichtigte Reform und die Übermittlung dieser Denkschrift an den Reichstag. In welchem Stadium der Abklärung und Vorbereitung ist die erwähnte dringend nötige Reform zurzeit gelangt und wann wird die dem Reichstag versprochene Veröffentlichung der Denkschrift erfolgen?

Oberst Scheuch: Eine Beantwortung ist im Rahmen einer Anfrage heute noch nicht möglich. Die Beantwortung wird bei Beratung des Militäretats erfolgen.

Abg. Dr. v. Eßf. (Vpt.): Ist zu erwarten, daß dem Reichstag in dieser Session ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der schweren Schäden vorgelegt wird, welche der Grundkredit durch die übermäßige Streckung der Frist für die Wirkung von Mietkassationen in den Fällen der §§ 1024 des Bürgerlichen Gesetzbuches und 57 des Zwangsversteigerungsgesetzes erleidet?

Direktor des Reichsjustizamts Delbrück: Namens des Herrn Reichsfiskus habe ich die gestellte Frage zu bejahen. Ein Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über die Miet- und Pachtkassationen ist bereits fertiggestellt und wird dem Bundesrat bald vorgelegt.

Sodann wird die zweite Beratung zum

Etat des Reichsamt des Innern

fortgesetzt. (10. Tag.) Es liegen 23 Resolutionen hierzu vor. Die Debatte beginnt beim Kapitel

„Förderung der Seefischerei“.

Abg. Noke (Sog.): Die Fischerei ist für die Volksernährung von größter Bedeutung, und doch geht es diesem Zweig des Wirtschaftslebens sehr schlecht. Geholfen kann den Fischern nur werden, wenn sie mit Fahrzeugen ausgestattet werden, die sie in den Stand setzen, zur Hochseefischerei überzugehen. Es muß aber auch für einen möglichst weitgehenden Schutz für die Fischereifischeleute gesorgt werden. Die Lohsverhältnisse an Bord sind unbeschreiblich. Die Arbeitsbedingungen sind nicht haltbar. Die Kontrakte sind wahre Sklavenkontrakte. Eine Sonntagsruhe kennt man in diesen Betrieben nicht.

Abg. Schwabach (natl.): Die bisher für die von der Sturmflut Betroffenen gewährte Hilfe reicht nicht aus. Wie die Küstenbevölkerung in Pommeren und Westpreußen ist auch jene in Ostpreußen betroffen worden. Für jene Bevölkerung muß aber besonders gesorgt werden, denn sie schafft uns den besten Ersatz für die Handels- und Kriegsmarine und ist bei jeder Ausübung ihres Berufs der größten Lebensgefahr ausgesetzt. Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen haben wir alle Ursache, für diese Bevölkerung zu sorgen, denn sie gewinnt uns eine außerordentlich wichtige Volksernährung. Der Etatstitel muß entsprechend erhöht werden.

Abg. v. Fohlenhoff-Rölpin (konf.): Wir beklagen die schweren Schäden auf das tiefste. Mit der Anregung der Nationalliberalen sind wir einverstanden. Wie der Landwirtschaft sind wir auch der Seefischerei den größten Schutz schuldig. Ganz besonders ist die Ostseefischerei vernachlässigt worden. Eine Hochseefischereistation in Swinemünde ist dringend erwünscht.

Das Genossenschaftswesen muß auch für die Fischerei sorgen. Insbesondere sind Verkaufsvereine nötig. Dafür, daß die Arbeiter bessere Preise bekommen, wird stets gesorgt, nicht aber für die braven Fischer. Öffentlich können wir recht bald der Regierung danken für eine große Fischereifürsorge. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Struve (Vpt.): Wir bedauern das Hinscheiden des Kollegen Dr. Preuß, in dem die Fischerei einen warmen Freund verloren hat. Will man den Fischern helfen, so muß mit Motorbooten, besseren Seezeichen und Verkaufsgenossenschaften geholfen werden. Die Forderung eines Fischzollses sollte bald verworfen werden. Für die an der Ostseefischerei beteiligten Nationen muß ein einheitliches Fischereirecht geschaffen werden. Die Seefischerei muß verboten werden. Sie ist die schwerste Gefahr für die guten Fischgründe. Wie steht es mit der Hebung der Fischerei in den kolonialen Gewässern? (Bravo!)

Abg. Rehr. v. Nidhoben (natl.): In der zur Debatte stehenden Materie herrscht Einmütigkeit. Auch ich halte einen Seefischzoll für gefährlich. Die Erhöhung des Etatstittels ist unbedingt erforderlich. Wir haben bereits im vorigen Jahre 900 000 M. statt 500 000 M. gefordert.

Insondere der Heringsfischerei muß eine dauernde bessere Unterstützung zuteil werden.

Der Herbrand von Seefischen ist stärker geworden als der deutsche Fischfang zugenommen hat. Wir müssen für eine dauernde Verbesserung der Fischereiverhältnisse sorgen.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquière: Auch die Reichsverwaltung bedauert aufs tiefste

die schweren Sturmrisiken,

und was im Rahmen unserer Verwaltung zur Abhilfe und Milderung geschehen kann, wird geschehen. Die Mittel zur Förderung der Seefischerei im Reichsetat dienen aber grundsätzlich der Förderung der Fischereibetriebe usw. Alles, was außerhalb dieses Rahmens liegt, die Schädigung, die unsere Fischereibetriebe an Besitz usw. erlitten haben, dafür einzutreten, ist und bleibt Sache der Landesregierung. Darauf ist der Reichsfiskus nicht eingerichtet und auch viel zu klein. Die heute gegebenen zahlreichen Anregungen kann man als durchaus zweckmäßig anerkennen, aber das Reich hat nicht die Aufgabe, sie durchzuführen. Auch die Anlage von Schutzhäfen

und die Fürsorge für die Seezeichen ist Aufgabe der Landesregierungen. Wir werden aber gerne die betreffenden Staatsministerien darauf aufmerksam machen. Die Vorwürfe der preussischen Regierung gegenüber halte ich nicht für gerechtfertigt. Ich bin überzeugt, daß sie tun wird, was in ihren Kräften liegt.

Die Verhältnisse in der deutschen Fischerei haben sich wesentlich gebessert.

Das Ergebnis des Heringsfangs ist beträchtlich gestiegen, so daß die Heringsfischer keinen Grund haben, unzufrieden zu sein. In der Frage der Fischereipolizei ist eine Verständigung erzielt, wenigstens vorläufig innerhalb Deutschlands, aber es ist zu hoffen, daß die Ostseekonvention demnächst zur Wirklichkeit wird. Vorschriften über Arbeitszeit und Verpflegung in der Seemannsordnung lassen sich auf das Fischereigewerbe nicht übertragen, da es eine solche Schematisierung nicht verträgt. Der Befahrung der Fischereifahrzeuge geht es aber nicht so schlecht, wie es hier dargestellt worden ist. Ich möchte zum Schluß die Hoffnung aussprechen, daß wir bald in der Lage sein werden, den betreffenden Fonds zu erhöhen.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Abgg. Körten (Sog.), Prester (Vpt.) und Noke (Sog.).

Darauf wird der Titel bewilligt und eine Resolution der Nationalliberalen auf Erhöhung des Fonds noch für diesen Etat einstimmig angenommen.

Der Titel „Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Ausland“ (28 000 M.) wird nach kurzer Debatte bewilligt.

Bei dem Titel

„Subvention der Postdampfer“

nach Ostasien und Australien wünscht Abg. Gräfe (konf.) baldige Vorlage der zu erneuernden Verträge mit den Reedereien.

Beim Titel

„Maßregeln gegen die Reblauskrankheit“

führt Abg. Peirotes (Sog.) aus: Für das elbsch-othringische Weinbaugebiet bestehen ganz besondere Verhältnisse. Es sind dort andere Maßnahmen zu ergreifen, als am Rhein. Das Reblausgesetz muß abgeändert werden, es war bisher immer noch ein „Kräutchen rühr mich nicht an“.

Ministerialdirektor v. Jonquière: Eine Novelle zum Reblausgesetz liegt dem Bundesrat vor.

Abg. Dr. Gogay: Es müssen mit den amerikanischen Reben mehr Versuche in den Reichslanden gemacht werden. Die Ausgaben für die Reblausbekämpfung in Elbsch-othringen sind bisher durchweg vergeblich gewesen.

Abg. Dr. Becker-Gesjen (Kosp. der Natl.): Die Winger meines Wahlkreises wollen

unbedingtes Festhalten an dem Ausrottungsverfahren.

Daneben müssen aber die Versuche mit der amerikanischen Rebe fortgesetzt werden.

Abg. Dr. Naasche (natl.): Ich stimme mit den Wünschen des Vorredners überein. Wir wollen, daß an dem Reblausgesetz festgehalten wird.

Darauf wird verlegt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Zentrumsresolution über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. — Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 3. Februar.

Am Ministertisch: Handelsminister Dr. Sadow.

Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Bruntz (Vpt.) und Genossen, betreffend

das Unglück auf der Zeche „Achenbach“.

Abg. Imbusch (Vpt.) begründet die Interpellation. Im Hinblick auf das große Grubenunglück, das die Belegschaft der Zeche „Achenbach“ betroffen hat, scheint es angebracht, den Ursachen dieser Katastrophe nachzugehen, zumal erst im Dezember 1912 ein ähnliches Unglück auf derselben Grube zu verzeichnen ist. Leider stellen sich der Einrichtung der Sicherheitsmänner verschiedene Schwierigkeiten entgegen. Da ist zunächst das Bestreben, möglichst große Förderungen von Kohlen zustande zu bringen, das noch erhöht wird durch das Prämienloosystem. Zu bedauern ist auch, daß Laufende von Bergleuten mit den Schutzvorschriften gegen Schlagwetterexplosionen, besonders mit den Sicherheitslampen nicht genügend vertraut sind. Die Zahl der Unfälle hat in den letzten Jahren leider erheblich zugenommen. Die Unfallverhütungsmassnahmen müssen systematisch ausgebaut werden. Es muß vor allem auch für ausreichende Löhne gesorgt werden. Wenn die Löhne ungenügend sind, da bringen die Leute zu heftig vor und geben auch mit den Schießapparaten schüchtern um. Durch das Handinhandgehen von Sicherheitsmännern und Werkführern wird die Sicherheit erheblich erhöht.

Handelsminister Dr. Sadow:

Als die Katastrophe auf der Grube Achenbach bekannt wurde, hat sofort dies Haus den Angehörigen der Verunglückten sein Beileid ausgedrückt, dem die Regierung und die Bergbehörden sich von ganzem Herzen anschließen. (Bravo.) Um sofortige Aufklärung über die Ursache des Unglücks zu erhalten, haben wir sofort Sachverständige an Ort und Stelle geschickt, die den Sonntag zur Einfahrt in die Grube benutzten, so daß ich Ihnen authentisches Material vorlegen kann. Das Unglück hat sich im südlichen Felde der den Gebrüder Stumm gehörigen Zeche auf den Flözen 19 und 21 in der dritten Tiefsohle ereignet. Die Grube ist täglich vom Sicherheitsmann beaufsichtigt worden. Schlagwetterexplosionen sind in beiden Flözen niemals vorgekommen. Die Explosion erfolgte um 1 1/2 Uhr abends. Im ganzen ist der Tod von 24 Knappen beklagt. Die Leichen sind sämtlich geborgen. Außerdem befinden sich sieben Verletzte im Krankenhaus, die noch nicht vernehmungsfähig sind. Kohlenstaub war an der Unfallstelle nicht vorhanden, es hat auch keine Kohlenstaub-, sondern eine Schlagwetterexplosion stattgefunden. Woher die Schlagwetterexplosionen gekommen sind, ist nicht aufgeklärt, ebensowenig die Ursache der Entzündung. Der Sicherheitsmann, der diese Strecke begangen hatte, ist seit 16 Jahren Bergmann und 8 Jahre auf der Zeche Achenbach. Er erklärte, daß er die Wetterung, die Lampen und die Verriegelung in Ordnung gefunden und

Schlagwetter nicht wahrgenommen habe. Die Belegschaft bestand zum großen Teil aus älteren Leuten. Es ist auf festgestellt, daß zu der fraglichen Zeit nicht geschossen worden ist. Schlagwetterexplosionen sind ja im ganzen selten, treten dann aber mit elementarer Gewalt auf. Im Kampfe gegen die Bergwerkskatastrophen hat die Bergverwaltung in allen wichtigen Fragen besondere Kommissionen gebildet. Die Schlagwetterexplosionen haben sich zum großen Teil beim Schießen ereignet, so daß sich die Bergverwaltung fortgesetzt um die Verbesserung des Sprengstoffes bemüht und außerdem hinsichtlich der Erlaubnis zum Schießen beschränkende Verfügungen erlassen hat. Die künftige Sicherheit gegen schlagende Wetter besteht zunächst in der Lampe. Heute sind überall elektrische Lampen vorgeschrieben. Den Schlagwetterexplosionen stehen die Bergarbeiter mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Auch ist eine Art Thermometer erfunden, das den Reithangehalt der Luft bestimmen soll. Es ist vor einiger Zeit ein Preis von 25 M. für die Konstruktion einer Sicherheitslampe, die gewissen Bedingungen genügen muß, ausgeschrieben worden. Die darauf eingegangenen Modelle werden jetzt geprüft und werde ich Ihnen nach Beendigung der Prüfungen von dem Ergebnis Mitteilung machen.

Was die ausländischen Arbeiter betrifft, so wird jeder Bergwerksbesitzer froh sein, wenn er möglichst von ihnen absehen kann.

Hinsichtlich der zur Aufsicht bestimmten Bergbeamten stehen wir in bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten günstiger da als England. Die Sicherheitsmänner besitzen nicht solche Erfahrungen wie die höheren Beamten, und es ist festgestellt worden, daß sie Sicherheitsmängel nicht in dem Maße wahrgenommen haben wie die Revierbeamten. Wenn wir Arbeiterkontrollen einführen wollten, so würden die Verhältnisse nur verschlechtert werden. Diese würden sich abhängig fühlen von den Arbeiterorganisationen und sich daher scheuen, Verfehlungen der Arbeiter zur Kenntnis zu bringen und zudem würde die Agitation unter Tage getragen werden. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Sog.) Wir werden uns weiter bemühen, den Ursachen der beklagenswerten Unfälle nachzugehen.

Wir werden nie erlahmen im Kampfe gegen die Unfälle der Bergarbeiter.

Der Bergbau ist seiner Natur nach von großen Gefahren begleitet und alle bergpolizeilichen Vorschriften können sie nicht beseitigen, so lange der Bergbau in den Händen von Menschen liegt, solange elementare Ereignisse eintreten, die sich mit menschlicher Weisheit nicht voraussehen lassen und die so stark sind, daß sie durch menschliche Kräfte nicht überwunden werden können. Für die möglichste Verhütung der Unfälle werden wir eintreten, nicht allein im wirtschaftlichen, sondern vor allem im menschlichen Interesse. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Bruntz wird die Besprechung der Interpellation einstimmig beschlossen.

Abg. Schulze-Weßum (konf.): Die Bergverwaltung hat auf bergpolizeilichem Gebiet alles getan, was erwartet werden konnte. Wir haben das Vertrauen zu ihr, daß sie, soweit es in ihren Händen steht, zur Minderung der Gefahren beitragen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Traub (fortf. Vpt.): Wir treten in erfreulicher Weise einmütig für die Interessen der Bergarbeiter ein. Jede Nation ehrt sich, die ihre werktätige Arbeit ehrt. Erfreulich ist es auch, daß wir hinter den englischen Sicherheitsmaßnahmen nicht zurückbleiben. Ein Teil der englischen ist an den deutschen abgesehen worden. Leider kennen die Arbeiter vielfach nicht die Unfallverhütungsvorschriften in dem Maße, wie es wünschenswert ist.

Die Arbeiterorganisationen wirken außerordentlich erfolgreich in der Richtung der Unfallverhütung.

Die Rechtssicherheit der Arbeiter muß nicht nur gesetzlich festgelegt, sondern in allen Konsequenzen durchgeführt werden. Der Arbeiter muß in ein engeres Verhältnis zu der Bergleitung treten. Wir wünschen, daß das im Reichstag in Aussicht gestellte Gesetz, betr. für Fürsorge für Lebensretter, bald vorgelegt wird. Die Güter der Nation dürfen nicht auf Kosten des Menschenmaterials vermehrt werden.

Abg. Altkoff (natl.): Wir begrüßen die heutige Erklärung des Ministers über die Ursache des Unglücks und erhoffen davon eine Beruhigung für die Öffentlichkeit. Da bisher auf diesem Weg noch keine Schlagwetter nachgewiesen worden sind, so steht man direkt vor einem Rätsel. Es steht außer allem Zweifel, daß sowohl die Beamten, wie die Sicherheitsmänner, wie die Bergverwaltung ihre Pflicht voll getan haben, so daß keiner von ihnen eine Schuld an dem Unglück zuzurechnen ist. Die Gefahren im Bergbau vollständig zu beseitigen, liegt nicht in unserer Macht. Wir können sie nur nach Möglichkeit einschränken. Ein Sicherheitsmann darf nur als technische Einrichtung benutzt werden, keinesfalls aber, um durch sie politische Agitation zu treiben. (Auskunft.) Wir sind bereit, alles zu tun, um die Zahl der Unfälle zu verringern, aber man darf nicht in überhöflicher Weise von einer Maßnahme zur anderen schreiten. Dadurch würde nur die Unsicherheit bei den Bergwerken vermehrt.

Abg. Gue (Sog.): Auch wir stimmen mit dem Minister darin überein, daß wir bei dem Unglück auf der Zeche Achenbach direkt vor einem Rätsel stehen. Das Steigen der Unfallsfälle bedauern wir auf das lebhafteste. Es muß hier Wandel geschaffen werden. Die Arbeiter sollte man für besondere Arbeiten auch besonders vergelten. Die Strafe für unreine Kohlen ist häufig so hoch, daß die Arbeiter dadurch geübelt werden, häufig zu arbeiten und auf diese Weise die eigene Sicherheit zu vernachlässigen. Wir verlangen ein besseres Recht für Bergarbeiter und Unterbeamte. Es ist auch unzulässig, daß ein Weitersteiger noch einen anderen Posten ausfüllt. Das System der Sicherheitsmänner hat von Anfang an unseren Beifall nicht gefunden. Die Doppellichten und die übermäßige Verlängerung der Schichten, besonders bei hohen Temperaturen, müssen beseitigt werden. Sollen Sie uns, daß wir auf dem Wege des Schutzes der Bergarbeiter und Beamten im Kampfe gegen den Kapitalismus vorwärts kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbergshauptmann v. Bessen: Die Zahl der Unfallsfälle hat sich nicht in dem Maße vermehrt, wie es der Abg. Gue darstellte. Wir werden alles tun, was menschlich möglich ist, um in Zukunft Unfallsfälle hintanzuhalten.

Abg. Schrader (freil.): Ich habe das feste Vertrauen zu der Bergverwaltung, daß sie alles tun wird, um solche Unfallsfälle zu verhüten. Es muß vermieden werden, die Bergleute politisch zu beunruhigen. Die Schriften des Abg. Gue über die Verhältnisse der Bergarbeiter sind geeignet, zur Ver-

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringer'sohn, M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichs: 25 Pf. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Städten und im übrigen die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Wiesbadener Anzeiger“ in einzelner Spalte; 20 Pf. für Anzeigen in anderen Abteilungen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Anzeigen; 2 Pf. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entwerdender Rabatt.

Anzeigen-Entwurf: Für die Abend-Ausgabe bis 10 Uhr morgens, für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilhelmsstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an sonstigen Stellen: Tages- und Wochenblätter wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 4. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 58. — 62. Jahrgang.

Interessante Gäste beim Reichskanzler.

○ Berlin, 3. Februar.

Am 14. Februar wird es beim Reichskanzler feierlich hergehen. Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden die Gäste des Herrn v. Bethmann-Hollweg sein, und man braucht der „Täglichen Rundschau“ nicht zu widersprechen, die in der Teilnahme des Kronprinzen an dem Essen bei Herrn von Bethmann-Hollweg einen politischen Vorgang erblickt, durch den der Thronerbe vor aller Welt beweisen will, daß er zum Reichskanzler in keinem politischen Gegensatz steht. Dies kann sich freilich nur auf die Gegenwart beziehen, für die Vergangenheit gibt das genannte Blatt selber solchen Gegensatz zu, indem es dem Kronprinzen die Absicht zuschreibt, den Beweis dafür zu erbringen, daß „vorhandene Mißverständnisse“ endgültig beseitigt sind. (Besser heißt es wohl „vorhanden gewesene“.) Man kann annehmen, daß die Form, in der Herr v. Bethmann-Hollweg jüngst im Reichstag den Angriff des Abgeordneten Frank auf den Kronprinzen entgegengetreten war, dem Kronprinzen besonders wohlgetan hat. Jedenfalls darf die Befriedigung darüber ausgesprochen werden, daß die Sonderstellung, die der Thronerbe neuerdings mehrfach im öffentlichen Leben eingenommen hatte, fortan nicht mehr behauptet werden soll. Einen anderen Sinn nämlich als diesen kann die Beseitigung der „Mißverständnisse“ zwischen Wilhelmstraße und Kronprinzenpalais nicht haben, und wenn der Kronprinz deutlich machen will, daß er zum Kanzler „in keinem politischen Gegensatz steht“, dann heißt das selbstverständlich, daß er auf politische Betätigung in der Art und Weise, die man zweimal kennen gelernt hat, in Zukunft verzichten will. Einer irgendwie beschaffenen Zustimmung des Kronprinzen zur Politik des verantwortlichen Staatsmanns bedarf es selbstverständlich nicht, denn der Kronprinz findet im Organismus der Reichs- und Staatsgeschäfte überhaupt keinen aus der Verfassung herausleitenden Platz. Wird die Teilnahme des Kronprinzen an dem Essen beim Reichskanzler begreifliches Interesse erregen, so gilt das noch mehr von der als möglich hingestellten Teilnahme des Fürsten Bülow an dem Mahl. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß der frühere Reichskanzler dem bevorstehenden Familienfest derer von Bülow beizuwohnen wird. Inzwischen hat der Reichskanzler, wie die „Tägl. Rundsch.“ erfährt, zu dem Essen am 14. Februar auch den Generaloberst v. Bülow und den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein eingeladen, und er würde, wenn der Fürst wirklich nach Berlin käme, wohl auch diesen als Gast bei sich begrüßen. Jedenfalls bieten sich somit fesselnde Möglichkeiten dar. Sollte Fürst Bülow in der Tat die Reise nach Berlin antreten, so würde man sich nicht zu wundern haben, wenn abermals das Gerücht Nahrung erhielte, daß mit ihm wegen der Statthalterchaft in Strassburg verhandelt werden solle. Man würde sogar

vermuten dürfen, daß die Teilnahme an dem Familientage nur die Gelegenheit bieten soll, um der Aussprache über die Statthalterfrage einen unauffälligen Rahmen zu geben. Mit welchem Rechte jedoch die Kombination über eine mögliche Überstimmung des Fürsten Bülow nach Strassburg angestellt werden, dafür fehlt es an zuverlässigen Anhaltspunkten. Niemand weiß etwas Bestimmtes, aber das Gerücht geht um. Die Presse ist solchen Gerüchten gegenüber in einer schwierigen Lage. Sie kann an den Darstellungen, die bald diesen und bald jenen Namen auf die Tafel der Öffentlichkeit schreiben, nur dann achlos vorbeigehen, wenn eine kritische Prüfung die Unwahrscheinlichkeit der Kandidatur ergibt. Bei Männern wie Schorlemer, Rheinbaben, Bethmann-Hollweg und Fürst Bülow ist das aber nicht der Fall, und somit wäre die Nichterwähnung ein Unrecht. Es ist auch ganz gut möglich, daß jede dieser Persönlichkeiten ernstlich in Betracht gekommen ist, wie man das übrigens in bezug auf Herrn v. Schorlemer genau weiß. Aber er hat den Kaiser gebeten, Landwirtschaftsminister bleiben zu dürfen, und so scheidet er aus der Liste aus. Die Angabe, daß Graf Wedel den Fürsten Bülow als seinen Nachfolger sehen möchte, wird in politischen Kreisen geglaubt, für die spätere Befestigung des Postens kann dieser persönliche Wunsch selbstverständlich nichts Bestimmendes haben.

Das neue Luftverkehrsgesetz

Es fordern dem Reichstag zugegangen. Es zerfällt in drei Abschnitte, der erste enthält die Verkehrsbestimmungen.

Luftfahrzeuge und ihre Führer. Luftfahrzeuge (Freiballons, Luftschiffe, Flugzeuge), die zur Aufnahme von Menschen bestimmt sind, dürfen außerhalb der Flugplätze nur verkehren, wenn die Behörde sie zugelassen hat. Die Zulassung gilt für das ganze Reich, sie wird durch einen Zulassungsschein nachgewiesen. Gemäß ein zugelassenes Luftfahrzeug der Verkehrssicherheit nicht mehr, so kann die Behörde es vom Verkehr außerhalb der Flugplätze ausschließen. Wer außerhalb der Flugplätze ein Luftfahrzeug fahren will, bedarf der Erlaubnis der Behörde. Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn der Bewerber seine Befähigung durch eine Prüfung darstellt.

Aufstieg, Landungs- und Flugplätze dürfen nur mit Genehmigung der Behörden angelegt werden. Vor der Errichtung sind die Heeres- und Marinebehörden zu hören; erheben sie aus Gründen der Landesverteidigung Widerspruch, so ist die Genehmigung zu verweigern. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen (§§ 17 bis 19a, 26, 51 und 147, Abs. 3), sind entsprechend anzuwenden. Soll ein Flugplatz gewerblichen Zwecken dienen, so kann die Genehmigung auch verweigert werden, wenn kein Bedürfnis für den Betrieb besteht.

Luftfahrtunternehmen. Die gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge (Luftfahrtunternehmen) bedarf der Genehmigung der Behörde; die Genehmigung kann von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht werden. Ersteren sich die Fahrten über den Bereich mehrerer Bundesstaaten, so sind zur Ge-

nehmigung die Zentralbehörden der Bundesstaaten gemeinsam zuständig, deren Gebiet bei Aufstieg und Landung selbst berührt wird. Beginnen oder enden die Fahrten im Ausland, so ist zur Genehmigung die Zustimmung des Reichskanzlers erforderlich. Ist ein Luftfahrtunternehmen nach der Entscheidung des Reichskanzlers der Verteidigung des Reichs dienlich, so kann der Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats den Erwerb des Unternehmens für das Reich gegen Ersatz des vollen Wertes beanspruchen. Hat es Bedeutung für den öffentlichen Verkehr, so darf es den allgemeinen Verkehrsunternehmungen des Reichs oder der Bundesstaaten gleichgestellt werden kann, so können die Zentralbehörden der Bundesstaaten, deren Behörden das Unternehmen genehmigt haben, gemeinsam den Erwerb des Unternehmens für die Staaten beanspruchen. Tun sie dies nicht, so steht das gleiche Recht für das Reich dem Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats zu.

Der Bundesrat erläßt die erforderlichen Anordnungen, insbesondere über die Prüfung, Zulassung und Kennzeichnung der Fahrzeuge und über Prüfung und Zulassung der Führer, ferner über die sonstigen zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlichen Anordnungen über den Verkehr mit Luftfahrzeugen außerhalb der Flugplätze sowie Bestimmungen über verbotene Zonen. Er erläßt Vorschriften über den Verkehr innerhalb der Flugplätze und darüber, wie Ausländer die Berechtigung dieses Verkehrs erwerben und ausüben können, ferner über die Zulassung der vom Auslande kommenden Luftfahrzeuge usw.

Die Haftpflicht. Wird bei dem Betrieb eines Luftfahrzeuges, das zur Aufnahme von Menschen bestimmt ist, jemand getötet oder sein Körper oder seine Gesundheit verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Fahrzeuges verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen. Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn der Unfall weder durch Verschulden des Fahrzeughalters oder einer bei dem Betriebe beschäftigten Person noch durch einen Fehler in der Beschaffenheit des Fahrzeuges oder durch ein Versehen seiner Vorrichtungen verursacht worden ist. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn zur Zeit des Unfalls der Verletzte bei dem Betriebe des Fahrzeuges tätig war. Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Verletzten mitgewirkt, so finden die Vorschriften des § 2, 5, 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung. Im Falle der Tötung ist der Schadenersatz durch Ersatz der Kosten einer versuchten Heilung sowie des Vermögensschadens zu leisten, den der Getötete dadurch erlitten hat, daß während der Krankheit seine Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder gemindert war oder seine Bedürfnisse sich vermehrt hatten. Der Ersatzpflichtige haftet, wenn ein Mensch getötet oder verletzt wird, nur bis zu einem Kapitalbetrage von 50 000 M. oder bis zu einem Rentenbetrage von jährlich 3000 M.; wenn mehrere durch dasselbe Ereignis getötet oder verletzt werden, nur bis zu einem Kapitalbetrage von insgesamt 150 000 M. oder bis zu einem Rentenbetrage von insgesamt 3000 M., wenn Sachen beschädigt werden, nur bis zu einem Betrage von 10 000 M. Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren auf Grund desselben Ereignisses zu leisten sind, insgesamt die obigen Höchstbeträge, so verringern sich die einzelnen Entschädigungen in dem Verhältnis, in welchen ihr Gesamtbetrag zu dem Höchstbetrage steht.

Der dritte Abschnitt enthält Strafbestimmungen für Übertretungen der Vorschriften des Gesetzes und Schutzvorschriften.

Berliner Theaterbrief.

Karl Sternheims „Snob“.

In den Kammertheatern wird gestern vor einem Parquet von polverbräunten Herren — der Kronprinz hielt mit seinen Dazwischen Kammerherren die erste Reihe besetzt und amüsierte sich, wenn man paradox so sagen darf, königlich — Sternheims neue Komödie „Der Snob“ aufgeführt. In glänzender Darstellung, voll wichtiger Einfälle und pointierter Situationen, unterhielt und reizte sie und ging von einer leichten Opposition, die als Würge bei einer Teufelei nicht fehlen durfte, angenehm geföhelt durchs Ziel. Wichtige Einfälle und pointierte Situationen, das ist ihr Wesen, doch die scharf umrissene Charakterkomödie, die man nach dem Titel von Sternheim, dem kühlen, menschlichen Masken amateurhaft sammelnden Beobachter erwarten durfte, die blieb er doch schuldig. Er ist nicht der unerbittlich zupackende, mit einem Griff seine Beute mildeilos mit den Fängen greifende Wandler der Erde — er ist hier überhaupt weniger der streng zeichnerische Charakteristiker als der Masketen verprügende Blagueur und Causseur. Er reizt die wirkungsvollen Situationen aneinander, hat sie blendend aus; aber sie sind alle nur isoliert gesehen, sie dienen in Selbstzweck der Augenblindsunterhaltung, und ihr Niveau gleitet zum Ausgang mehr und mehr ins derb Schwanthoffe. Immer noch ausnehmend lustig, aber der „Snob“ wird in zwischen aus einer soziallogisch interessanten Type, die verdient, mit der scharfen Blendlaterna des großen Lebens-Ironikers beleuchtet zu werden, zu einer dankbaren Belustigungsfigur einer Possenbühne. Das kann Sternheim kaum beabsichtigt haben, aber häufig begibt es sich bei Dramatikern mit unsicheren Händen, daß ihre Gesichte sich ihnen unter den Fingern hangierend verwandeln, ihnen entgleiten und

schließlich vor den Zuschauern ganz anders dastehen als vor den verbildeten Vätern, die sie immer noch befangen durch die Brille ihrer ursprünglichen Absicht sehen.

Ganz rein in der Sphäre des Theatralischen hält sich noch der erste Akt, der die Anfänge und Geheißnisse des Snobs zeigt. Der Snob, der hier mit allem Ehrgeiz sich in die höhere Klasse heraufschrauben will und mit heilhem Vernünftigen Manieren, Ton, Gesten, Haltung, vornehmste Rasse, und was das Ansehen, Angezogenheit und Selbstverständlichkeit, lernen will und mit hoher Energie sich darin trainiert, ist Herr Christian Raske, der Sprößling vom Kanzleirat Theobald Raske und seiner Ehefrau Luise, die einst auf der Promenade ihre Sporen verlor. Sternheim hat diesen Conte drolatique sehr amüsabel in einem früheren Spiel erzählt. Wer konnte ahnen, daß der Sprößling dieses Paares ein Snob werden würde. Sie wachsen sonst nicht auf christlich-deutschem konfessionellem Boden mit turnerischem Einschlag, sondern auf einem konfessionell und in puncto Rasse gemischtem Erbreich. Dies heißt, aber für die soziale Chemie viel ergiebiger Thema, einen mit allen Wässern getauften durch das Burgalaris des Feudalismus hindurch in die Mitternacht des kaiserlichen Automobilflusses zu geleiten, unternahm Sternheim nicht. Er hielt sich in sehr harmlosen Grenzen. Sein Mann hat nur die schäblichste Kinderstube der Klein-Bourgeoisie zu überwinden; eine etwas bequemere Wendung durch Sternheims Fügung bringt ihn auf der Banflaufbahn zu Geld, er wird Generaldirektor von Minengesellschaften, verpöpt sich arm, aber grüßlich, und im Hintergrund schimmert dümmend die Krone der Nobilitierung. Sternheim interessiert sich für seine Zeichnung natürlich vor allem die charakteristischen Symptome dieser sozialen Zwischenstufe. Und, wie schon gesagt, im ersten Akt, bei den Anfängen, kommt der Typ am besten heraus. Hier ist die Dosierung richtig getroffen zwischen dem Komischen und doch köstlich Ernsthaften der Figur. Wir lachen über die Abungen im Monokelltragen

und Kravattenknüpfen, über die Geb- und Absproben nach aristokratischem Vorbild, über die Briefstilisierung beim Notenschreiben mit dem gräflichen Haus. Jedoch läßt uns Sternheim dabei überzeugend merken — in der Abrechnung mit der alten Geliebten aus der Dreierwelt, die ihm Erziehungslehrsatz und auch oft die nötige metallische Belle-Aliance gegeben, und dann in der Abmalmung der kompromittierten Elternproleten —, was für eisalter, zielbewusster, über Leiden gehender Erfolgsjäger dieser Mann ist.

Diese geschlossene Charakterisierungsfähigkeit läßt dann leider nach. Im zweiten Akt gelingt noch eine menschlich bedenkliche Szene. Christian Raske, der nun Diener und Renaissance-Studio hat, der im glattrasierten unbeweglichen Vorplatz das Monokel unerschüttert in allen Lebenslagen hält und seinen Dreß vom roten Smoking bis zum Erdenstrich unabelhaft trägt, wird vom Dämon der Unsicherheit gepackt, als sein Vater auftaucht. Seine Intelligenz sagt ihm, er müsse diesen Nebenbuhler, den er damals vor seinem gräflichen Zukunftsdienerbater als tot ausgegeben, mit souveräner Überlegenheit ohne Wimperzucken präsentieren. Es gelingt ihm nicht. Und das hat nun eine starke tragikomische Wucht, wie sich dann in einer Monologszene die ohnmächtige But eines Menschen gegen sich selbst entläßt, die Maske eines Schauspielers, dem durch die eigene Schuld der Abgang verdorben.

Dies kam — und Wassermann brachte das infernalische — etwas heraus von den Trolls und Tüds, die jeder feindlich im Mut mit sich herumträgt.

Der letzte Akt wird aber ganz Burleske. Wieviel komisch ist es zwar in seinen Einzelheiten, wie der Präfikam der erwartungsdringenden Komödie-Beute — im Weizenraum breitet sich das doppelt geöffnete Sojazeit —, um seine Bedeutung als Geschäftsnapoleon zu beleuchten, im Aufsichtsrats-Sitzungssaal seine Finanzpläne unterbreitet, wie er das Renoir-Portrait als seine Mutter ausgibt, und sich einen

Deutschlands an der Ostgrenze, die durch einen Gürtel starker Befestigungen geschützt werde. Deutschland rüste mit Aufgebot aller Kräfte unter Anwendung ungeheurer Mittel und mit fieberhafter Eile. Während Sjasonow sich in Sicherheit wiege, erscheine ein Renetel, das Entsetzen hervorrufe, um so mehr, als deutsche Ingenieure sich des russischen Schiffbaues bemächtigt hätten und in die innersten Geheimnisse des Russenheeres eindringen. Zwischen dem deutschen Volk und der Regierung bestehe trotz der Erregungen des Jährenfalls volle Solidarität hinsichtlich der gewaltigen Rüstungen. — Nur mit dem letzten Satz hat die „Nolvoje Wremja“ recht.

Luftfahrt.

Ein neuer Flieger-Fall bei Lunenburg. R. 2. Febr. Ein deutscher Flugzeug mit zwei Leutnants landete heute nachmittags 12½ Uhr zwischen Chantigny und Croismare. Die Offiziere erklärten dem Unterpräfekten von Lunenburg, daß sie von Straßburg nach Reims fliegen wollten. Nachdem Croismare passiert worden sei, hätten sie die Richtung verloren, so daß sie landen mußten, ohne zu wissen, wo sie sich befänden. Bei der Landung wurde das Flugzeug beschädigt. — Nach einer weiteren Meldung ist der Zwischenfall bereits zufriedenstellend erledigt worden. Auf telephonische Anfrage teilte der Unterpräfekt von Lunenburg dem Korrespondenten der „Berliner Morgenpost“ folgendes mit: Auf die Nachricht von der Landung der beiden Offiziere bei der Ortschaft Croismare begab sich der Gouverneur von Lunenburg in Begleitung eines Generals zur Ortschaft hinaus. Der Gouverneur vernahm die beiden Offiziere und fragte sie eingehend über ihre Reise und die Ursache ihrer Landung aus. Die beiden Offiziere gaben bereitwillig sehr ausführliche Auskunft. Der Gouverneur kam schließlich zu der Überzeugung, daß die Landung der beiden deutschen Militärflieger unfreiwillig und allein durch den Nebel veranlaßt worden war. — Wie weiter aus Stuttgart gemeldet wird, sind die Insassen des Flugzeuges Oberleutnant Prestien vom badiischen Infanterie-Regiment in Straßburg und Leutnant Werner vom kaiserlichen Infanterie-Regiment Nr. 13 in Reims. — Zu dem Vorfall wird noch aus Nancy gemeldet: Die Offiziere folgten auf ihrem Flug von Straßburg nach Reims der Eisenbahn und hielten, als sie in Croismare angekommen waren, irrtümlich nach rechts ab. Den Irrtum bemerkten sie erst, als sie Lunenburg im Tale sahen. Sie gingen sofort nieder. Der Unterpräfekt ließ den Apparat, der von Gendarmen und einer Abteilung Artilleristen bewacht wurde, demontieren. Dabei halfen die Mechaniker des 8. Artillerie-Regiments den Offizieren. — Croismare liegt etwa 9 Kilometer von der deutschen Grenze und 2 Kilometer von dem Ort Maonvillers.

Ein glänzender deutscher Fliegerrekord. Berlin, 4. Febr. Eine bemerkenswerte Leistung vollbrachte der Flieger Langer von der Luftfahrzeug-Gesellschaft. Der Pilot stieg gestern früh 8 Uhr von der Luftstation in Berlin aus, nachdem er sich über 14 Stunden ununterbrochen in der Luft aufgehalten hatte, um 10.15 Uhr glatt auf dem Flugplatz Johannisthal. Während des Vormittags hielt er sich dauernd über dem Flugplatz auf, in den Mittagsstunden entfernte sich der Doppeldecker zeitweise und kreuzte über Friedland und Stargard. In den Abendstunden erschien der Apparat wieder über dem Flugplatz. Mit diesem Flug hat Langer den Rekord des Franzosen Fourrier glänzend geschlagen. Der Flieger wurde bei der Landung von den anwesenden Piloten und vom Publikum stürmisch begrüßt.

Tödlicher Ausgang eines Fliegerabsturzes. Paris, 3. Febr. Der gestern bei Pontoise mit einem Zweidecker abgestürzte Flieger Brodin ist heute nachmittag seinen Verletzungen erlegen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Moderne Bibelabende.

Zum viertenmal schon beginnen unsere freisinnigen Pfarrer, in einem Zyklus von in sich zusammenhängenden Vorträgen vor gebildeten Gemeindegliedern die großen Fragen des religiösen Lebens zu erörtern. In welchem Sinne sie ihre Arbeit aufgefahrt haben wollen, das legte

gleich hinzugefügt werden mag, eine höchst elegante Freilegung, geknüpft mit allen Reizen fräulicher Anmut — bezeugte sich als eine talentierte Geigerin. Zu Beginn spielte Lady Spencer im Verein mit Frau Ely Rey van Dooststraten die Gändelsche A-Dur-Sonate und erfreute schon hier durch das gut musikalische Gefühl, mit dem sie den klassischen Stil beherrschte. Die Lady entlockt ihrem Instrument feine, süße, doch auch fastreife Töne; ihre Technik ist nicht unbedeutend entwickelt; und ihrem leichtbeweglichen, graziösen Vortragsstil zu folgen ist noch ein apartes Vergnügen. Wie sie dort Gändel suchte und fand, so verstand sie auch weiterhin den feinsten musikalischen Gebrauh, den herrlichen Holof-Gesungen und die englischen Virtuosenstücke von Hamilton-Garth gewandt zu behandeln. Der Erfolg in Wiesbaden war durchaus ehrenvoll.

Die familiären Begleitungen am Klavier wurden von Herrn Kapellmeister A. Kötter ausgeführt. Und schließlich wurden die Begleitungen sämtlich in musterhafter Weise ausgeführt. Daß der äußere Verlauf des Konzertsabends sehr glänzend war, bedarf kaum noch der besonderen Betätigung: das zahlreich erschienene Publikum lachte nicht mit Beifall. All die genannten Mitwirkenden, durch solbare Blumen- und Vorherzenden ausgezeichnet, mußten wiederholten Hervorrufen Folge leisten und wendeten außer den reichen Gaben ihrer Kunst noch manch wertvolle Zugaben. Bleibt nur zu hoffen und zu wünschen, daß all den so wohlwollenden Erfolgen des geistigen Konzerts entsprechend, auch der so wohl „klingende Erfolg“ für die Vereinskasse der „Frauenhilfe“ nicht ausbleibe —!

O. D.

Aus Kunst und Leben.

* Francisco Goya. In einem anderthalbhündigen geist- und fröhlichen Vortrag zeichnete gestern Abend Herr Dr. Wolfram Waldfried (Wiesbaden) in der „Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst“ (Kula des Oberbürgermeisters) ein außerordentlich packendes, man möchte fast sagen: farbenprächtiges Bild des abenteuerlichen Menschen und größten spanischen Malers aus dem Ende des 18. und dem Anfang des 19.

gestern Abend Pfarrer Seefenmeyer in seinen einleitenden Worten dar. Er dankte dem Kirchenvorstand der Lutherischen Gemeinde, daß er auch in diesem Jahr ihnen das Gotteshaus selbst zur Verfügung stellte. So sei diesen Vorträgen der Charakter der Innerlichkeit und Einfachheit sichergestellt, damit sie der Kirche selbst dienen könnten. Auch diesmal gelte es, allen, die durch die moderne Weltanschauung beunruhigt seien, zu zeigen, daß nur die Formen des religiösen Lebens vergänglich sind, nicht der eigentliche, unveränderbare Kern unserer evangelischen Glaubensüberzeugung. Wir hätten weiter, daß auch in den nächsten Jahren die biblischen Vorträge stattfinden sollten, zunächst in gemeinsamer Lesart und Interpretation einzelner wichtiger Schriftabschnitte. — Dem Beisitzer galt der erste Vortrag von Pfarrer Hilppel. Es war hier die Frage zu beantworten, ob auch der moderne Christ, der die geschichtlichen Voraussetzungen dieses Festes nicht mehr anerkennt, doch es mit ganzem Herzen nach im Bewußtsein seiner ewigen religiösen Bedeutung mitfeiern kann. So war zunächst der biblische Tatbestand der Weihnachtsgeschichte zu untersuchen. Wir erkennen da deutlich, wie in den ältesten Schriften der Überlieferung ein Interesse an den näheren Umständen der Heilandsgeburt nicht vorliegt; Paulus will nichts wissen von dem Jesus von Fleisch, die vier Evangelien erwähnen im Text nichts von seiner übernatürlichen Zeugung, dann aber finden wir zu Beginn des Matthäusevangeliums und Lukas jene Stammbäume des Messias, die Josephs Abstammung in verschiedener Überlieferung zurückverfolgen, damit schon der Legende von der Jungfrauengeburt widersprechen, die dann erst künstlich im letzten Vers hinzugefügt wurde. Es bildete sich dann, beeinflusst durch heidnische Vorstellungen von Gottessohnschaft, die Tradition, die nun bei Matthäus in nüchternere, bei Lukas in wunderbare poetische Form sich darstellt. Man fühlte in dieser ganz neuen, aus innigem Glaubensinteresse hervorgegangenen Schöpfung nicht den Widerspruch zur echten Überlieferung, nach der Jesu Familie ausging, ihn als Wahnsinnigen einzufangen. Die erste Generation erlebte noch Jesus unmittelbar als Persönlichkeitsmacht. Die folgende suchte ihren Glauben zu stützen und zu verteidigen durch den Schriftbeweis und übernatürliche Wunder, ein Produkt der Reflexion. Anders die großen Geister, Paulus und der Verfasser des vierten Evangeliums, bei den nur das rein religiöse Interesse maßgebend war, deren Christusbegriffe zu jenen materielleren Vorstellungen nicht stimmten. So sind alle diese Traditionen Spiegelbilder des altchristlichen Glaubens in den Vorstellungen ihrer Zeit. Nun aber hat das Weihnachtsfest erst ganz spät im Zusammenhang mit den heidnischen Kulte seine Formen erhalten. Die älteste Christenheit kannte seine Feier noch nicht, dafür begann das Heidentum die Feier des Kaisergeburtstags, der Inhalt der großen Augustusinschrift von Trier feiert den Kaiser als Erlöser und Heiland in Worten, die denen, als ob von Christus die Rede sei. In Geburtserzählungen von Mithra oder Buddha haben wir die auffallendsten Analogien zu den Jugendlegenden der Evangelien. An solche Feiern des Kaisergeburtstags, des Mithras oder Sol invictus schlossen sich die christlichen Formen an, die dann allmählich jene verdrängten. Irrelehrer, Gnostiker, haben zuerst den 6. Januar als Tauffest und damit Geburtstag des Erlösers gefeiert, bis erst im 4. Jahrhundert zu Rom diese Feier auf den Geburtstag des Sonnengottes, den 25. Dezember, verlegt wurde. So einte sich in dieser Feier die uralte Sehnsucht der Völker. So suchte der Glaube jener Zeiten das Einzigartige in Jesu Persönlichkeit sich durch fromme Sage zu deuten. Daß wir aber diese als Dichtung und Legende erkennen, hindert uns nicht, mit voller Seele und ihrem tiefen feierlich-religiösen Gehalt hinzugehen. Mit Recht wies der Redner darauf hin, wie auch die führenden Männer der „modernen positiven“ Richtung über diese Tradition denken, die ganz ihre religiöse Bedeutung von der materiellen Form unterscheiden, Seeburg und Kasten. Eine vom Geist durchhergeleitete Frömmigkeit erfüllte Darlegung des Ewigkeitsgehalts, der in der Weihnachtsgeschichte uns dargeboten wird, beschloß den Vortrag, der in lichtvoller Klarheit und künstlerischer Form uns eine Fülle von innerer Anschauung vermittelte. Er wird seines Eindrucks auf die sehr zahlreich erschienenen Hörer nicht verfehlt haben.

Wiesbaden am Rhein.

Die hiesige F.C.-Korrespondenz schreibt: Oberbürgermeister Geheimrat Oberfinanzrat Dr. Gläffling wird in seiner Eigenschaft, die er in einer in kommender Woche stattfindenden außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung halten wird, sich über die Eingemeindungsfrage eingehend äußern. Diese Frage muß ja die neue Entwicklungslinie Wiesbadens

einleiten. Die Interessen der Stadt richten sich zunächst auf die Eingemeindung des Vororts Schierstein — nicht auf die von Dieblich, von der man Abstand genommen —, um Wiesbaden dem deutschen Strom nahe zu bringen und den dortigen Hafen zu gewinnen. Haben doch in der Jetztzeit für das Schiersteiner Hafengelände, das durch die kommende Hafenbahn erschlossen werden soll, die westdeutschen Industrien ein sehr großes und lebhaftes Interesse gezeigt. Es kommen nicht allein fortgesetzte Anfragen an die dortige Gemeindeverwaltung, an Grundbesitzer und Industrielle, sondern auch Leiter großer industrieller Establishments suchen Schierstein auf, um sich an Ort und Stelle persönlich über den Stand der von Wiesbaden aus projektierten Hafenbahn zu unterrichten. Sie alle hegen die Absicht, sofort nach der endgültigen Zonengriffnahme der Hafenbahn sich in Schierstein niederzulassen und industrielle Unternehmungen zu errichten. Auch das Kohlenkontor hat bereits große Terraintreden auf dem östlich des Hafens gelegenen, sich weit hinziehenden Gelände in Aussicht genommen, um diese für seine Zwecke nutzbar zu machen und gleichzeitig mit dem Bau der Hafenbahn einen großen Kohlenlagerplatz für sein hiesiges Absatzgebiet anzulegen.

— Todesfall. Gestern verstarb hier unerwartet Rentner Karl Henkel im 87. Lebensjahre. Er war früher Inhaber einer Buchhandlung mit Leihbibliothek unter der Firma Kurant u. Henkel (vormals C. W. Kreibitzsche Buchhandlung), eines Unternehmens, das seinerzeit zu den angesehensten des Fachs zählte und noch heute besteht. Herr Henkel stammte aus Pippstadt, brachte aber den größten Teil seines langen, arbeitsreichen Lebens in Wiesbaden zu und betätigte sich hier, wenn auch späterhin mehr im stillen, stets gern und mit Erfolg im öffentlichen Leben unserer Stadt. Bis zum Tod fungierte er Jahrzehnte hindurch als eifriger Vertreter der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“. Der Verstorbenen war durch seine erste Ehe früher lange Zeit auch an der Verwaltung der Paderbener Hofapotheke hiesig beteiligt. In weiten Kreisen dürfte das ganz unerwartete plötzliche Hinscheiden des bis in sein hohes Alter stets gefunden, gescheiterten lebenswürdigen Herrn aufrichtige Teilnahme finden. Die Leiche wird am Freitag im hiesigen Krematorium beigesetzt.

— An die Gegner der Simultanschule. Der erneute Angriff, den das hiesige Zentrumorgan in dem in unserer gestrigen Morgen-Ausgabe besprochenen Artikel gegen den „Wiesbadener Lehrerverein“ richtete, hat Herrn Rektor W. Breidenstein Veranlassung gegeben, an die Redaktion der „Rheinischen Volkszeitung“ folgendes Schreiben zu richten: „In Nr. 25, S. 3 der Samstagausgabe Ihres Blattes, befindet sich in dem Artikel: „Die nassauische Simultanschule zur Anechtung der Katholiken“ ein Satz, nach welchem seitens der hiesigen königlichen Regierung in Sachen des Vortragschulle vom Brühl eine Antwort an mich erfolgt wäre, die nicht erschienen ist. Diese Stelle läßt es zwar fraglich, ob die Antwort unersichtlich für mich, für den „Wiesbadener Lehrerverein“ oder für den Verfasser des Artikels ausgefallen ist. Immerhin darf man annehmen, daß die letzte Deutung nicht die einzig richtige ist. Ich darf Ihnen wohl aufrichtig mitteilen, daß die Regierung in dieser Angelegenheit überhaupt keine Antwort an mich hat ergeben lassen, auch nicht an eine andere Person des „Wiesbadener Lehrervereins“, und ich bin überzeugt, daß Sie mit Freude die Gelegenheit ergreifen, um in Ihrem Blatt die irrtümliche Annahme — wenn auch bedingt ausgesprochen — im Interesse der Wahrheit richtig zu stellen.“

— Salante Landesratsstelle. Die durch das Ausscheiden des Landesrats Augustin freigewordene Landesratsstelle bei der Landesdirektion Wiesbaden wird nunmehr auf Beschluß des Landesauschusses ausgeschrieben. Die Wahl erfolgt durch den am 20. April d. J. zusammenzutretenden 48. Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden auf Lebenszeit. Von den Bewerberinnen um diese Stelle wird Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst verlangt; längere, praktische Erfahrung in der Rechtspflege oder in der Verwaltung ist erwünscht. Das Gehalt beträgt 4800 M., steigend in dreijährigen Stufen, zweimal um 700 M., dreimal um 800 M. und zweimal um 600 M. bis zum Höchstgehalt von 8800 M. Daneben wird der staatliche Wohnungsgeldzuschuß von 1800 M. gewährt.

— Architekten-Wettbewerb. Zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau des Geschäftsgebäudes der Nassauischen Landesbank in Wiesbaden war von dem Landeshauptmann ein Wettbewerb unter den im Regierungsbezirk Wiesbaden ansässigen Architekten ausgeschrieben worden. Besonders eingeladen wurden außerdem

zeit Goya fallen und seine Kunst überreich befruchteten. Der spanische Hof, mit dem trottelhaften Karl IV. und dessen ehebrechigen und leichtfertigen Gemahlin Marie Luise von Parma an der Spitze, fand in Goya einen Hofmaler, der ihn dem Gefäch der Jahrhunderte preisgab; in seinem Jukus „Kriegsleiden“ stellt Goya die grauenhaften Verwüstungen des französisch-spanischen Kriegs dar, und kein Maler hat die Niedertucht des Absolutismus so vernichtend gezeichnet wie Goya. — Aus den drei Schaffensperioden des Künstlers, die sich übrigens auch einigermaßen an den drei Jukus: Stiergefechte, Kriegsleiden und Einfälle Capricios, veranschaulichen lassen, waren die gut gelungenen Lichtbilder zusammengestellt, mit denen der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen illustrierte.

Kleine Chronik.

— Bildende Kunst und Musik. Ein reicher Amerikaner namens William Riggs, der seit vielen Jahren in Europa wohnt, hat dem Metropolitan-Museum in New York seine berühmte antike Waffensammlung geschenkt, die Schatzkammer auf 25 Millionen Mark schätzen. Die Sammlung weist berühmte Stücke, wie z. B. eine Rüstung Mark Anton-Waffenschilde Ludwigs XIII., Karls von Bourbon u. a. an.

— Wissenschaft und Technik. Morgen wird auf den Höhen des Col du Lautaret in den französischen Alpen, wo Scott 1908 seine Automobilschlitten für die Reise zum Südpol erprobte, das schlichte und würdevolle Denkmal enthüllt, das der französische Alpenklub zu Ehren des auf so tragische Weise gefallenen Südpolenbedeckers errichtet hat. Das Denkmal zeigt die Form eines hohen felsigen Grahgels, von dessen Spitze ein Mast emporragt. In der Form hängt das Monument damit an die Hütten an, in denen Scott bei seiner letzten Fahrt zum Südpol kampierte. An der Ostseite gewahrt man eine Bronzeplatte mit der Aufschrift: „Der englische Kapitän A. J. Scott, der auf der Heimkehr vom Südpol mit seinen Kameraden tapfer für sein Land und für die Wissenschaft starb, am 25. März 1912. Er besuchte Lautaret im Jahre 1908 bei der Vorbereitung zu seiner denkwürdigen Expedition.“

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

1 fl. holl.	170
1 alter Gold-Rubel	320
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	210
1 Peso	4
1 Dollar	420
7 fl. süddeutsche Währ.	12
1 Mk. Bkr.	150

Zr.	I
3% Rh-Went. S. 2.4 u. 6.4	8

4.	Sidd. B.-C. 31/32. 34, 43	9
3/4	do. bis inkl. S. 52	8
4.	Westd. Bod. Klnn. S. 7	9
6.	do. S. 8	8
3/4	do. S. 3 u. 4	8
3/4	do. S. 9	8
4.	Württ. H.-B. Em. b. 92	9
3/4	do. »	8
6.	Württ. Kreditv. wk. 20	9
3/4	do. » 12	8
4.	Württ. Vereinfab. » 20	9
3/4	do. » 15	8
Staatlich od. provinzial-garantirt		
4.	Ld. Hess.-H. wk. 1013	9
3/4	do. Serie 1. 2. 4-8	8

4.	L.-K.(Cass.)	S.22 uk. 1914	9
4.	do.	S.21 " 1916	9
4.	do.	S.24 uk. 1921	4
4.	do.	S.25 " 1922	9
3 1/2	do.	S.21 " 1917	9
4.	Nass.L.-B.L.V.a.W.15		9
4.	do.	L.H. Z. uk. 20	9
3 1/2	do.	L.H. U. X	9
3 1/2	do.	L.H. J	9
3 1/2	do.	F. G. H. K. L	9
3 1/2	do.	M. N. P. Q	9
3 1/2	do.	L.H. R. S	9
3 1/2	do.	L.H. T	9
3.	do.	L.H. O.	9

Diverse Obligationen		
ZL		
4..	Aschaffh. Buntp. Hyp.	9
4..	Bank für industr. U.	9
4..	Duderus Eisenwerk	9
4..	Cementw. Heidelbg.	9
4 1/2	Chem. Bad. Anil.	10
4 1/2	do. Blei- u. Silb. Branh.	9
4 1/2	do. Griesheim El.	10
4 1/2	do. Parhw. Höchst	10

437	do. Indl. Mannh.	9
438	do. Kalle & Co. H.	9
439	Deutsch-Luxemb. uk 15	9
440	Esb.-B. Frankl. A. M.	9
441	do.	9
442	Eisenb.-Renten-Bk.	9
443	do.	9
444	Elektr. Allg. Ges. 5. VI	10
445	do. 5. VII	10
446	5. do. Deutsch. Ueberrsg.	10
447	do. Oes. Lahmeyer	10
448	do.	10
449	do. Rheingau uk 17	9
450	do. Schmuckert v. 00	9
451	do.	9
452	do. Rhein. uk 15/17	9
453	do. Betr. A.-O. Siem.	10
454	do. Siem. u. Halske	10
455	do. uk 20	9
456	do. Voigt u. Harff Fl.F.	10
457	Frankfurter Hof Hypt.	10
458	Hôtel Nassau, Wess.	10
459	Mannh. Lagers.-Ges.	10
460	Mettall. Ges. Frankf.	10
461	Oellend. Verein Dtsch.	10
462	Siedbrunst. Wolff Hvn.	10

4v3	Zellst. Waldhof Mannh. *	B
4v4	Verst. Waldhof Mannh. *	B

Verzinst. Loe.		
22.	Badische Prämien Thlr.	14
5.	Bausp.-Regulierung fl.	17
3/12	Gotha, Pr.-Vdrbr. 1 Taler.	17
	Hamburger v. 1856 v. Thlr.	17
3.	Holl. Konn. v. 1871 fl. 100	11
3/10	Köln-Mindener Thlr.	14
3.	Madrid, abgest.	1
4.	Meining, Pr.-Pldbr. Thlr.	14
4.	Oesterrsch. v. 1850 fl. Thlr.	17
3.	Oldenburger Thlr.	12
5.	Russ. v. 1864 a. Kr. Rbl.	40
5.	do. v. 1866 a. Kr.	38
2/10	Stuhlweissb. R.-Gr. fl. 100	11
Inverzinsliche Lose		
Zi		Per St. in
	Angsburger	fl. 7 3
	Braunschweiger	Thlr. 20 20
	Malländer	Le 45 15
	do.	Le 10 4
	Meininger	s. fl. 7 3
	Oesterr. v. 1864	fl. 100 60
	do. Cr. v. 50	fl. 100 56
	Türkische	Fr. 400 17
	Ung. Staatsl.	fl. 100 47
	Vendhauer	Le 30 7
Ge'dsorten.		
	Engl. Sovereign, p. St.	20.47 2
	20 Franc-St.	16.27 1
	Oesterr. fl. 8 St.	— 1
	do. Kr. 20 St.	— 1
	Gold-Dollars p. Doll.	— 21
	Russ. Imp. p. St.	380 2
	Gold al marco p. Ko.	380 2
	Ganzf. Scheideg.	380 2

Amerikanische Noten (Doll. 5—1000)	4.20	4.
Belg. Noten p. 100 Fr.	80.75	80.
Engl. p. 1 Lstr.	20.49	20.
Fr. p. 100 Fr.	31.50	31.
Holl. p. 100 fl.	109.60	109.
Ital. p. 100 L.	81.15	81.
Oest.-Ung. p. 100 Kr.	85.50	85.
Russ. 0. r. 100 R.	—	211.
do. (10. 3 R.) p. 100 R.	—	211.
Schweiz. N. p. 100 Fr.	81.35	81.

Wechsel.		In Mark
Paris . . . Fr. 100	Fr. 100	81.25 1/2
Schwede . . . Fr. 100	Fr. 100	81.25 1/2
St. Petersburg . . . S. R. 100	S. R. 100	215 1/2
Triest . . . Kr. 100	Kr. 100	85.17 1/2
Wien . . . Kr. 100	Kr. 100	85.17 1/2

er Börse.

3. Februar:

Chartered . . .	10
De Beers deferred . . .	10
East Rand . . .	2
Goldmin. . .	2
Goerz . . .	2
Goldfields . . .	2
Jagersfontein . . .	5
Modderfontein . . .	12
Premiers . . .	10
Rand Mines . . .	6

Fonds.

5 Argentinian von 1890 . . .	10.
4 do. von 1897/1900 . . .	84.
Argent. Navigatord. . .	19.
do. preferred . . .	25.
4 Brasilianer von 1889 . . .	7.

3½ Buenos Aires	69
5 Chinesen von 1896	102
4½ do. von 1898	99
3 Deutsch. Reichsanleihe	78
2½ Engl. Konsols	76
4 Griech. Mon.	56
4 Japaner von 1905	83
4½ do.	82
3½ Ind. Rupien Anl.	63
5 Mexican. Gov. Anl.	65

Schlusskurse vom 3. Februar:

Amerikanische Bahnen.		Fonds.	
Michigan Top. common	102.25	5 Argentinien von 1890	10.
Illinois and Ohio	88.	4 do. von 1897/1900	84.
Indiana Pacific	224.35	Argent. Navigators	19.
Chicago-Milwaukee	109.25	do. preferred	77.
Denver u. Rio common	19.87	4 Brasilien von 1889	77.
Erie common	32.37	300 Buenos Aires	60.
Great Western	14.50	5 Chinesen von 1890	10.
Louisville u. Nashville	143.50	4 1/2 do. von 1893	94.
Wis. Kns. Texas	94.12	3 Deutsch. Reichsanleihe	76.
New York Ontario West	31.25	2 1/2 Engl. Konsols	76.
Pennsylvania Railroad	58.35	4 Griech. Mos.	56.
Reading	86.75	4 Japaner von 1903	63.
Southern Pacific	101.50	4 1/2 do. II	63.
St. Louis Railway common	34.	3 1/2 Ind. Rupien Anl.	63.
St. Paul & Northern Pacific	67.62	5 Mexican. Kon. Anl.	60.
Union Pacific common	23.62		
	167.62		
Minen.			
Admiral	78.52		
Almaden	7.75		
El Tinto	73.50		
Ang. Cons.			
Cal. Corp.	11.37		
Cent. Min.	8.76		